

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 21. März 1906

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Maria Jettin (Zunbelt), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwachenstraße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Zum 18. März. Von G. L. — Die Nürnberger Diensthöfen rühren sich. Von Helene Grünberg. — Die britische Arbeiterpartei und das Frauenwahlrecht. Von M. Beer. — Von der Heimarbeit ausstellung in Berlin: IV. Konfektion und Wäsche. V. Die Metallindustrie. Von M. L. — Erziehung ohne Prügel. Von Heinrich Schnitz. — Das Frauenstimmrecht im Reichstag. II. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Kreisvertrauensperson des sechsten sächsischen Wahlkreises Dresden Land. — Jahresbericht der Vertrauensperson für Cratau und Preßler. — Verhaftung von Rosa Luxemburg in Warschau. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Kagenstein.
Notizenteil: Soziale Gesetzgebung. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenstimmrecht. — Vereinsrecht der Frauen. — Frauenbewegung. — Säuglingssterblichkeit. — Luittung.
Feuilleton: Märzsturm. Von Ernst Hardt. (Gedicht.) — Der Befähigungsnachweis. Von Ludwig Thoma. — Die Heimarbeiterin. Von Emma Döhl. (Gedicht.) — Veränderte Welt. Von Nikolaus Lenau. (Gedicht.)

Zum 18. März.

Ein Doppelgedenktag ist der 18. März für die Kämpferschar der internationalen Emanzipationsbewegung des Proletariats. Für Deutschland wie für Frankreich ist dieser Tag des März ein revolutionärer Markstein in der geschichtlichen Entwicklung.

Am 18. März 1848 sprengte in Berlin das Proletariat, im Bündnis damals mit dem Bürgertum, die Fesseln des absolutistisch-feudalbureaucratischen Staatswesens mit einem gewaltig aufatmenden Ruck. Es war, als ob dem übergeduldigen, in Untertänigkeit versimpelten deutschen Volke endlich die dichterische Mahnung zu Herzen gegangen war: „O wag es doch, nur einen Tag, nur einen frei zu sein!“ Das Volk Berlins wagte das in der Tat, einmütig setzte es Leben und Existenz für die Freiheit ein. Und es ward frei, und mit ihm das ganze deutsche Volk, tatsächlich allerdings leider nur für einen Tag, hochgerechnet für ein paar Wochen. Das Volk wußte nichts Rechtes anzufangen mit der Freiheit. Es freute sich ihrer unbändig, aber es tat nichts, seinen Drängern und Quälern die bürokratischen Folterwerkzeuge zu entreißen. Es traute ihren schönen Versprechungen, daß sie die Machtmittel künftig nicht mehr zum Schaden des Volkes verwenden würden. Und so konnten die Machthaber sorgsam den türkischen Verrat vorbereiten, der das Volk allmählich um nahezu alle Siegesfrüchte gebracht hat.

Daß es so kommen konnte, so kommen mußte, ist der politischen Rückständigkeit des Bürgertums jener Zeit geschuldet. Wohl war Deutschland wirtschaftlich endlich auf etwa gleiche Höhe gelangt, wie Frankreich sechzig Jahre früher vor der großen französischen Revolution. Aber das jahrhundertelange Bürokratenregiment hatte das Selbstbewußtsein des Volkes so zermürbt, hatte die deutschen Bürgersleute der Betätigung im politischen Leben derart entwöhnt, daß sie, als die Stunde der Selbständigmachung gekommen war, keiner zweckentsprechenden politischen Organisation sich fähig zeigten. Sie ließen dem Hofe und dem Junkertum sowohl die Ehren wie die Ausübung der Staatsverwaltung, der Bürokratie aber ließen sie die staatliche Verwaltungsarbeit und die Macht. Für sich selbst sicherte das Bürgertum durch die wirtschaftliche Gesetzgebung allerhand materielle Vorteile. Aber auch diese hat es zunächst nur in kärglicher Weise, in größerer Fülle dagegen erst nach der Begründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 einheimen können. Als da dem Kapitalismus freier Spielraum geschaffen wurde, hat das Bürgertum sich in einem patriotischen Freudentaumel des letzten Restes seiner demokratischen „Jugendeseelen“ entschlagt, um mit Junkertum und Bürokratie sich zusammenzuschließen zu der neuen herrschenden Klasse der kapitalistischen Ära. Von den konstitutionellen Errungenschaften des Jahres 1848 hat die Bourgeoisie sich nur den schönen Schein der Mitberaterung gewahrt. Die wirkliche Machtausübung liegt in den Händen der Bürokratie, die das Interesse von Hof, Adel und Bürgertum zu wahren sucht gegen das Proletariat.

Daß das oppositionelle Bürgertum von 1848 nahezu restlos sich so bald verschmolzen hat mit den Gesellschafts-

klassen und Interessengruppen, die es zur Zeit der Märzrevolution so bitter beschwerte, entstammt seiner zunehmenden Furcht vor dem Emanzipationskampf des Proletariats. 1848 war diese Furcht nur erst in ihren Anfängen zu merken. Die Proletarier, die 1848 auf den Barricaden und in den Straßen von Berlin und Wien die Schlachten des Bürgertums schlugen, lebten selbst noch völlig im Banne der vormärzlichen bürgerlichen Ideologie. Das allen beiden unterdrückten Klassen, dem Proletariat und dem Bürgertum, gemeinsame Interesse, das unerträgliche Joch des absolutistischen Polizeistaates abzuschütteln, führte sie dazu, ein gemeinsames Klasseninteresse anzunehmen. Die Freiheit, die sie erstrebten, war die Befreiung von der polizeilichen Bevormundung, im politischen Leben die Freiheit des Wortes und der Versammlung. Die Rechte, die sie verlangten, waren die politischen Rechte der Staatsbürger, das Anrecht auf Mitbestimmung im Staatsleben durch parlamentarische Einrichtungen. Das Bürgertum verlangte noch keine Vorrechte, noch nicht eine Kürzung der Rechte des Proletariats, weil es eine Unterwerfung der Arbeiter unter die geistige Leitung der Bürger für ebenso naturnotwendig hielt, wie ihm die wirtschaftliche Abhängigkeit des Handwerksgehilfen vom Meister als eine unabänderliche Einrichtung der göttlichen Weltordnung erschien.

Diese Illusion hielt jedoch nur kurze Zeit vor. Die Arbeiter stellten bald eigene soziale Forderungen. Sie verlangten die Errichtung eines Arbeitsministeriums, Kürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes, was den guten Bürgermann arg verschmuspste. Er wollte mit dem Bruder Arbeiter und der Schwester im Leinwandmieder doch nur so lange Arm in Arm zusammen den Freiheitsbaum umtanzen, als sie ihm Knechtsdienste leisteten. Sobald sie vollen Anteil begehrt am Tische des Lebens, da sagte der Bürger entrüstet: „Pfui!“ und warf sich dem „Bruder mit dem Ordensband“ zwar nicht in die Arme, aber vor die Füße, damit er ihn schütze vor der unverfälschten Begehrlichkeit des Böbels.

Heutzutage schämt sich der gute Bürger schon der Märzrevolution. Ihr Andenken wird in Deutschland nur noch gepflegt vom klassenbewußten Proletariat, von der Sozialdemokratie. Uns kann es recht sein, daß das Bürgertum in seinem kläglichen Mangel an wahren Bürgerstolz die Sozialdemokratie anerkennt als die wahren Erben und Testamentsvollstrecker der Märzkämpfer. In dem wir die politische Macht für das Volk erobern, eringen wir, was unsere Vorkämpfer vor 58 Jahren bereits halb gewonnen hatten, und was dann ganz verlostert und verloren wurde durch die Feigheit des Bürgertums.

Eine ganz andere Bedeutung für das kämpfende Proletariat hat die Proklamierung der Kommune in Paris am 18. März 1871. Das war nicht mehr ein Kampf des Proletariats um die Erringung der bürgerlichen Freiheiten und Rechte in der Gefolgschaft einer bürgerlich-demokratischen Bewegung. Das war ein erster — und, wie gleich hinzugefügt werden muß, ein verfrühter — Versuch, eine sozialistische Organisation zu errichten zu einer Zeit und in einem Lande, wo die wirtschaftlichen Vorbedingungen noch fehlten, um einen vollen und dauernden Erfolg zu verbürgen.

Aber auch so in seiner Unvollkommenheit ist diese erste sozialistische Erhebung in Europa eine wertvolle Etappe auf dem Wege zur sozialistischen Gesellschaftsordnung. Gewisse Fehler müssen gemacht werden, damit sie künftig vermieden werden können. Der Versuch, von Paris aus eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung durchzuführen, mußte vom französischen Proletariat unternommen werden, weil nach den wiederholten Erfolgen dieser Art in den bürgerlichen Revolutionen von 1789, 1793, 1830 und 1848 es ein Axiom des politischen Lebens in Frankreich bei allen Parteien war, daß das Volk von Paris in den kritischen Momenten über die Geschichte Frankreichs zu entscheiden habe. Hätten die Proletarier von Paris, als sich ihnen eine gleiche Gelegenheit für eine sozialistische Erhebung bot, wie sie früher wiederholt mit Erfolg für bürgerliche Revolutionen ausgenutzt war, damals eine solche Gelegenheit nicht ausgenutzt, so hätten

sie die proletarische Emanzipationsbewegung entwertet. Ihre Erhebung war ein Gebot historischer Notwendigkeit. Erst der Fehlschlag ihrer Erhebung bewies aller Welt, daß die sozialistische Revolution in Paris der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Vorbedingungen in ganz Frankreich entbehrte, die bei früheren Gelegenheiten eine Umgestaltung des französischen Staatswesens durch eine Erhebung des Volkes von Paris möglich gemacht hatten.

So liefern uns die beiden Märzrevolutionen wertvolle Lehren für unser eigenes Wirken: notwendig ist für uns ein genaues Studium der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse; notwendig ist uns die unablässige Aufklärungsarbeit unter den noch indifferenten Massen des Proletariats, um sie zum Klassenbewußtsein zu erwecken, sie zu organisieren und zu schulen für die großen Aufgaben, die wir heute schon zu bewältigen haben und die größeren, die unserer noch harren. In solchem Wirken betätigen wir uns am besten als die Nachfolger der deutschen wie der französischen Freiheitskämpfer vom 18. März. G. L.

Die Nürnberger Diensthöfen rühren sich.

In Nürnberg ist eine Diensthöfenbewegung in Fluss gekommen, die zu einer Organisation nicht bloß der Dienstmädchen, sondern auch der Wasch- und Aufwartefrauen geführt hat, die unter hoffnungsvollen Anzeichen ins Leben getreten ist. Immer drückender empfanden Hunderte und Hunderte von „Hausflavinnen“ der „besseren“ Familien die vielerlei schreienden Mißstände, unter denen sie leiden. Die Erkenntnis dämmerte unter ihnen auf, daß sie mit ihren nur zu berechtigten Klagen in die Öffentlichkeit treten und durch festen Zusammenschluß den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, für eine menschenwürdige Gestaltung ihrer Verhältnisse aufnehmen mußten. In den Kreisen der Herrschaften wollte man das aufglühende Feuer der Unzufriedenheit und „Begehrlichkeit“ des so lange geduldigen Dienstpersonals ersticken. Man blies es jedoch durch die entsprechenden Versuche nur zur hellen Flamme an. So erregte es zum Beispiel mit Recht die Empörung der Dienstmädchen, daß vor einiger Zeit in einem bürgerlichen Blatte, dem „Frankischen Kurier“, ein Herr Dr. Kaufmann den Dienstherrschaften Fingerzeige gab, wie sie am besten mit den Dienstmädchen fertig werden könnten. Vom Standpunkt der Herrschaften aus war Herr Dr. Kaufmann jedenfalls ein berufener Lehrmeister. In seinem Hause soll die Behandlung der Dienstmädchen sehr viel zu wünschen übrig lassen, so daß dieselben sich als Sklavinnen fühlen und in knapp anderthalb Jahren nicht weniger als 11 in Stellung dort gewesen sind. Nach der Veröffentlichung des Herrn haben sich denn auch die Leiden der Diensthöfen vielfach verschärft. In sehr großer Zahl gingen beim Arbeiterssekretariat Beschwerden oder richtiger wahre Jammerrufe von Dienstmädchen ein. Handgreiflich piegelten sie das Elend der Lage wieder und die Notwendigkeit eines Wandels. Es wurde daher auf Sonntag den 18. Februar eine öffentliche Diensthöfenversammlung einberufen, in der die Unterzeichnete über „Die Klagen der Diensthöfen und den Diensthöfenmangel“ referierte. Eine Versammlung dieser Art hatte Nürnberg noch nie gesehen. Der Andrang von Seiten der Mädchen überstieg auch die kühnsten Erwartungen. Die Säle des Livoli vermochten bei weitem nicht die zufließende Menge zu fassen. Wie die Mauern saßen und standen die Mädchen nebeneinander.

Ein erschütterndes Bild des Diensthöfenelendes mußte von der Unterzeichneten entrollt werden. Die Herrschaften nützen das sogenannte Gesindeumrecht, das heißt in Wirklichkeit die Rechtlosigkeit der Mädchen schamlos bis aufs äußerste aus. Der Arbeitstag der Diensthöfen hat vielfach tatsächlich keine Grenzen. Früh 5 Uhr aufstehen, abends nach 12 Uhr ins Bett, den ganzen Tag von einer Arbeit zur anderen gehen, das ist die Regel für sehr viele. In nicht wenigen Haushaltungen ist die Beldstigung der Mädchen der Quantität wie der Qualität nach durchaus unzulänglich. Wenn die Mädchen nicht hungern wollen, müssen sie von ihrem sauer verdienten Lohne sich etwas zu essen kaufen. Eine reiche Hopfenhändlerwitwe zum Beispiel läßt die Mädchen nachts 11 oder 12 Uhr aus dem Bette holen, um sich von ihnen auskleiden zu lassen. Nicht bloß zu essen, sondern oftmals auch Feuerungsmaterial müssen die Armen von ihrem eigenen Gelde kaufen. Bei einer anderen Herrschaft, wo das Mädchen sich infolge harter Arbeit und schlechten Essens eine Krankheit geholt hatte, erhielt es zwei Minuten vor der Weihnachtspfechtung die Kündigung. Bei einer Frau Apotheker sind

Kost und Behandlung so unter aller Kritik, daß sie seit zweieinhalb Jahren das 36. Mädchen hat, seit letzte Weihnachten das fünfte. Eine noble Herrschaft hatte ihrem Mädchen für besonders schwere Arbeit während der Ferienreise ein schönes Geschenk versprochen. Sie fand nach ihrer Rückkehr die geleistete Arbeit sehr lobenswert. Als Belohnung dafür wurde dem Mädchen großmütig ein alter Sonnenschirm und ein alter Hut überreicht, jedoch sollte es für den letzteren noch 7 Mk. zahlen, „da sie den Hut ja noch tragen könne“. Während ihrer Ferienreisen suchen sich die Herrschaften der Ausgaben für ihr Mädchen gern zu entledigen. Wenn dasselbe nicht freiwillig, ohne Kostgeld zu erhalten, irgendwohin geht, so wird ein Streit vom Zaune gebrochen und ein Grund zur Entlassung geschaffen. Bei findigen Hausfrauen ist nicht ausgeschlossen, daß sie ab und zu Dienstpersonal halten, welches eine Zeitlang tüchtig schanzeln muß, aber für die geleistete Arbeit keinen Lohn bekommt. Mädchen, welche nicht „ordnungsgemäß“ aus dem Dienste treten, braucht nämlich kein Lohn gezahlt zu werden, und dieser Umstand wird nicht selten in der angegebenen Weise ausgenutzt, da es ein kräftiger Hausdrache mit gutem Willen schon fertig bringen kann, ein Mädchen so zu behandeln, daß es ohne ordnungsmäßige Kündigung fortgeht. Der Vortrag brachte noch viel krasse Einzelheiten, welche zum großen Teil aus dem Stoß Briefe von Dienstmädchen stammten, welcher im Arbeitersekretariat eingelaufen war. In der Diskussion bereicherten Dienstmädchen das vorgeführte Material durch die Mitteilung ihrer eigenen Erfahrungen. Was zur Brandmarkung des Dienstoffotens jammers gefagt wurde, fand stürmische Zustimmung der Versammlungsbefucherinnen, ebenso die Aufforderung der Referentin, einen Verein für Dienstmädchen zu gründen. Aufgabe dieser Organisation müsse sein, auch in Nürnberg bessere und würdigere Zustände für das Hauspersonal zu schaffen. Die Organisation werde bewirken, daß Herrschaften, die nicht verstünden, ihre Mädchen als Menschen zu behandeln, keine Mädchen mehr bekämen. Die Damen könnten dann zeigen, ob sie selbst imstande wären, einen Topf sauber zu machen oder eine Suppe zu kochen. Eine Versammlungsbefucherin forderte alle Wasch- und Putzfrauen wie Zugeherinnen (Aufwartefrauen) auf, dem zu gründenden Verein beizutreten. — Aus der Mitte der Versammlung ward eine Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten für die Vereinsgründung erledigen und daraufhin eine weitere Versammlung einberufen soll. Als Mitgliedsbeitrag sind 20 oder 25 Pf. pro Monat vorgeschlagen. Der Verein soll bezwecken: die Hebung der sozialen Lage der Dienstmädchen, die Beseitigung des Zeugnisunwesens und die Schaffung eines eigenen Stellennachweises. Weit über hundert Mädchen haben sich sofort in die zirkulierenden Listen eingetragen. Weitere Beitrittserklärungen können im Arbeitersekretariat, Egidienplatz 22, erfolgen, wo Einzeichnungslisten ausliegen.

Auf die Versammlung hin regt sich das schlechte Gewissen der Herrschaften. Das wird aus den Glossen ersichtlich, welche die Versammlung der bürgerlichen „Nürnberg Stadtzeitung“ abgepreßt hat. Süß-fäuerlich gibt sie zu, daß „es genug Fälle gibt, die begreiflich und berechtigt erscheinen lassen, daß auch die Dienstmädchen wie alle anderen Menschen heutzutage sich um eine Besserung ihrer Lage bemühen“. Dann aber warnt sie mit erhobenem Schulmeisterfinger davor, die erstrebte Besserung der Dinge „nach sozialdemokratischen Rezepten“ herbeiführen zu wollen. Das erscheint ihr bedenklich, und zwar nicht nur für die Dienstmädchen selber, sondern auch für die Herrschaften. Daß die biedere „Stadtzeitung“ in Wirklichkeit nur aus Rücksicht auf die Herrschaften Bedenken schneit, zeigen die weiteren Ausführungen. Das Blatt fürchtet „die Gefahr, daß halbverstandene Schlagwörter oft die unreifen Köpfe der Mädchen verblenden und sie zu widerwilligen, scheinblickenden, unheimlichen Hausgenossen machen, deren Leistungen nicht im Verhältnis zu ihren Forderungen stehen, die dem mit begrenzten Mitteln rechnenden bürgerlichen Haushalt ohnehin, fast darf man sagen verhängnisvoll werden“. Es regt sich darüber auf, daß in der Dienstoffotenversammlung in „einseitiger“ Weise „gegen die notleidenden Hausfrauen“ gehebt worden sei. Das ist einfach nicht wahr. Im Referat war schon darauf hingewiesen worden, daß die Mädchen nicht mit den gleichen rohen und niedrigen Redensarten reagieren sollten, welche die gebildeten Damen gelegentlich ihnen gegenüber anzuwenden belieben. Sie sollten sich vielmehr bei solchem Vorkommen ihrer Herrschaft ruhig verhalten, aber bei gegebener Gelegenheit ihr zeigen, daß sie nicht gewillt seien, sich eine derartige Behandlung und die Niedertretung ihrer Menschenwürde gefallen zu lassen. In der Diskussion forderte des weiteren ein älteres Dienstmädchen ebenfalls dazu auf, den oft unverschämten und rohen Ausdrücken mancher „gebildeten“ Damen nicht in gleichem Tone zu begegnen. Nebenbei: Diese Ausführungen zeigen, mit welchem Rechte die „Stadtzeitung“ die Mädchen ermahnt, sich ein gutes Beispiel an dem „guten Umgangston“ in den Familien zu nehmen. Doch die Hauptsache! Die Dienstmädchen verlangen durchaus nicht die Erfüllung von Forderungen, die für den „begrenzten bürgerlichen Haushalt“ unannehmbar sind. Wenn es dem „mit begrenzten Mitteln rechnenden bürgerlichen Haushalt“ nicht möglich ist, den „begreiflich und berechtigt erscheinenden“ Wünschen der Dienstmädchen nach Besserung ihrer Lage nachzukommen, dann müssen sich die Herrschaften mit „begrenzten Mitteln“ eben versagen, ein Dienstmädchen zu halten; sie mögen ihre Arbeit selber tun. — Kein Zweifel, den Herrschaften grüßelt es beim Gedanken an die beschlossene Gründung des Vereins. Wie müßten sie nicht eine starke Organisation der Dienstmädchen und Arbeitsfrauen fürchten, die mit Energie auf die Besserung der Verhältnisse dringen

könnte! Es liegt an allen Mädchen und Frauen, welche in Haushaltungen bedient oder beschäftigt sind, eine solche Organisation zu schaffen. Für alle muß die Losung gelten: Sine in den Verein!
Helene Grünberg.

Die britische Arbeiterpartei und das Frauenwahlrecht.

England ist eine Demokratie. Die Macht, Gesetze zu geben, liegt beim Volke; die Regierung ist von der Zustimmung des Volkes abhängig und nicht von der Zustimmung des Königs. Mit anderen Worten: das britische Volk ist souverän; es ist selbstherrlich; es hat keine höhere politische Macht über sich.

Die Selbstherrlichkeit des Volkes ist die Grundlage und das Wesen der Demokratie, wie überhaupt jeder freiheitlichen Verfassung. Wo die Volkssouveränität anerkannt ist, da ist Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlung etwas ganz Selbstverständliches. Aus der Art der Versammlungsgehalte eines Landes kann man seine ganze Verfassung erkennen. Wo zum Beispiel Volksversammlungen nur unter polizeilicher Bewachung stattfinden können, da ist es sofort klar, daß zwischen Regierung und Volk Reibungen bestehen, daß die Regierung von der Krone (vom Kaiser oder König) abhängt, daß somit das Volk machtlos ist, und daß es noch vor der politischen Revolution steht, die jedes moderne Volk durchmachen muß, um sich die Souveränität zu erobern und sich eine demokratische Verfassung zu geben.

Die Souveränität des Volkes äußert sich im Parlament. Da ist die Selbstherrlichkeit und die Majestät des Volkes zu finden. In einem solchen Parlament wird die Regierung aus der Mehrheitspartei genommen; sie ist der Vorstand, das ausführende Organ der parlamentarischen Mehrheit, der sich die Minderheit freiwillig unterwirft. Vernachlässigt die Regierung ihre Pflichten, macht sie sich der Herrschaft, der Willkür schuldig, so muß sie bald abtreten.

Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur Ausübung der Volkssouveränität. Jeder Bürger und jede Bürgerin, die das Wahlrecht haben, nehmen an der demokratischen Macht teil. Sie regieren mit; sie bestimmen mit über das Schicksal des Landes. Daraus folgt, daß der Schlüssel um so wertvoller ist, je größer die Macht, zu der er den Zutritt verschafft. Das Wahlrecht zu einem machtlosen Parlament ist wie ein Schlüssel zu einem leeren Schranke; das Wahlrecht zu einem souveränen Parlament ist politische Macht. Und das englische Parlament ist allmächtig. „Es kann alles machen“, sagt ein Sprichwort, „nur nicht ein Weib in einen Mann verwandeln.“ Gewiß nicht — aber es kann Frauen und Männer gleich behandeln.

Das englische Wahlrecht wurde im letzten Jahrhundert dreimal verbessert. Bis zum Jahre 1832 war das Parlament von den aristokratischen und großkapitalistischen Familien beherrscht. Aber in jenem Jahre kam die erste Reformbill: die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Mittelklassen (Bourgeoisie), und die Periode des Liberalismus begann. Im Jahre 1868 erhielten die städtischen Arbeiter das Wahlrecht, und seitdem spricht man von dem Aufstieg der Demokratie, obwohl dieser Aufstieg bis jetzt ziemlich unsicher und zaghaft war. Im Jahre 1884 wurde das Wahlrecht auf die ländlichen Arbeiter ausgedehnt. Trotz alledem ist das englische Wahlrecht noch nicht auf alle erwachsenen Männer ausgedehnt. Um wahlberechtigt zu sein, muß man vor allem mindestens eine Wohnung innehaben, die unmobiliert 4 Mk. die Woche an Miete wert ist; auch die Aufstellung der Wählerlisten ist kompliziert; dann sind parlamentarische Kandidaturen recht kostspielig, 6000 Mk. ist das Minimum, das ein Kandidat ausgibt, um zur Abstimmung gelangen zu können. Es gibt indes verhältnismäßig nur wenige erwachsene Briten, die nicht wahlberechtigt wären. Die Arbeiter könnten schon heute die Mehrheit haben, wenn sie nur wollten. Aber die fortschreitende Demokratisierung des parlamentarischen Wahlrechtes ist bis jetzt auf die Männer beschränkt geblieben. Die Hälfte der erwachsenen Personen des Landes ist in der Folge noch ohne parlamentarisches Wahlrecht — nämlich die Frauen.

Die Agitation der englischen Frauen um das Wahlrecht begann im Jahre 1832, aus Anlaß der ersten Reformbill. Damals sandte Fräulein Mary Stuart aus Stanmore bei York eine Petition an das Parlament, ihr einen Anteil an der Vertretung des Landes zu gewähren. Ein Abgeordneter las die Petition vor, „die von allen Seiten des Hauses mit Heiterkeitsausbrüchen aufgenommen wurde“. Ohne Wirkung scheint die Petition doch nicht geblieben zu sein. Die Wahlgeseze vom Jahre 1832 sind die einzigen Gesetze Englands, wo man dem in ihnen vorkommenden Worte „Personen“ das Bestimmungswort „männliche“ vorsetzte, um jedes Mißverständnis über die Ausschließung der Frauen unmöglich zu machen.

Bei der Beratung der zweiten Reformbill im Jahre 1867 stellte der bekannte englische Philosoph John Stuart Mill den Antrag, den Frauen das Wahlrecht zu gewähren. Der Antrag wurde indes abgelehnt. Nicht besser war das Schicksal eines ähnlichen Antrags bei der Beratung der dritten Reformbill im Jahre 1884. Gladstone meinte, er würde lieber auf die ganze Reformbill verzichten, wenn die Abgeordneten auf einer Annahme des Antrags bestehen sollten.

Inzwischen ist die Agitation nicht stillgestanden. Es gibt zahlreiche konservative und liberale Abgeordnete, die für das Frauenwahlrecht sind. Es hatte sogar eine Majorität im letzten, ziemlich reaktionären Parlament. Die Frage ist spruchreif. Man laßt nicht mehr über Petitionen für das Frauenwahlrecht; man nimmt sie sogar sehr ernst, denn das Wahlrecht in England gibt seinem Inhaber einen Anteil an der

Regierung und sogar die Möglichkeit, Minister zu werden. Aber es sind doch hauptsächlich sozialistische Frauen, welche die Agitation im Lande betreiben, und es ist besonders die Arbeiterpartei, die als eine organisierte Macht für das Frauenwahlrecht eintritt. Von den Radikalen (entschieden Liberalen) sind Sir Charles Dilke und seine Gruppe zu nennen, die ebenfalls für das Frauenwahlrecht sind.

In der Arbeiterpartei herrscht indes über den Umfang des zu fordernden Wahlrechtes Meinungsverschiedenheit. Ein Teil der Partei, geführt von Keir Hardie, Frau Panthurst und Fräulein Panthurst, verlangt die Ausdehnung des geltenden Wahlrechtes auf die Frauen. Frau Panthurst ist die Witwe des vor mehreren Jahren verstorbenen Dr. Panthurst aus Manchester, der noch während der zweiten Reformbill (1868) für das Frauenwahlrecht eintrat; Fräulein Panthurst ist ihre Tochter; sie studierte Jura, hat aber als weibliche Person keine Aussicht, zur Rechtspraxis zugelassen zu werden. Mutter und Tochter sind sehr eifrige Verehrerinnen des Frauenwahlrechtes. Der andere Teil der Partei, geführt von Quetch und Fräulein Bondfield, verlangt ein Gesetz, das das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen einführt. Quetch ist Redakteur der sozialdemokratischen „Justice“ und ein tüchtiger Gewerkschafter; Fräulein Bondfield ist Ladengehilfin und Beamte ihrer Gewerkschaft; sie ist eine der besten Rednerinnen Englands, ein scharfer Kopf und eine überzeugte Sozialistin. Sowohl Quetch wie Genossin Bondfield sind in ärmlischen Verhältnissen aufgewachsen und haben ihre Ausbildung dem eigenen Eifer zu verdanken. Die Argumente, die diese Gruppen für die Ansichten ins Feld führen, lassen sich wie folgt zusammenfassen. Quetch und Fräulein Bondfield sagen:

Wir können die Vorlage Keir Hardies nicht annehmen. Denn sie bezieht sich auf das geltende Wahlrecht, das immerhin ein beschränktes ist und zungunsten der arbeitenden Frauen ausfallen muß. Auf Grund des geltenden Wahlrechtes sind zum Wählen berechtigt: 1. Eigentumsbesitzer; 2. Hausstandsbesitzer oder Mieter eines Geschäftslotals, das 200 Mk. an Jahresmiete wert ist; 3. Mieter eines Zimmers, das unmobiliert 4 Mk. an Wochenmiete wert ist; 4. Bedienstete, die auf Grund ihres Dienstverhältnisses ein besonderes Haus bewohnen, für welches sie keine Miete zahlen; 5. Graduierte von Universitäten, die einen Wahlkreis für sich bilden. Nun, arbeitende Frauen besitzen kein Eigentum und haben auch keine Universität besucht — Punkt 1 und 5 fallen also für sie ganz weg. Unter Punkt 2 und 4 kommt im besten Falle nur ein ganz geringer Prozentsatz von arbeitenden Frauen in Betracht. Punkt 3 ist also der wichtigste. Gibt es aber viele Arbeiterinnen, die allein ein Zimmer bewohnen, das unmobiliert 4 Mk. pro Woche an Miete wert ist? Sogar unter den besser bezahlten Frauen, die in Banken, Kontors, Post-, Telegraphen- und Telephonämtern usw. tätig sind, mieten sich selten allein ein Zimmer, da sie meistens bei ihren Eltern oder mit ihren Freundinnen wohnen. Daraus folgt, daß eine Ausdehnung des geltenden Rechtes auf die Frauen nur den wohlhabenden Frauen zugute kommen, also die Reaktion stärken wird. Es ist deshalb das beste, das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen zu verlangen und das geltende Wahlrecht zu beseitigen.

Darauf antworten Keir Hardie und die Panthursts: Unsere Vorlage sagt nichts über den Umfang des Wahlrechtes aus. Sie sagt nur, Frauen sollen dasselbe Wahlrecht haben wie die Männer. Die Frau soll nicht deshalb leiden, weil sie Frau ist. Es ist auch nicht richtig, daß unsere Vorlage nur den wohlhabenden Frauen zugute kommen würde. Punkt 3 und 4 sind den arbeitenden Frauen nicht ganz ungünstig, und zu Punkt 2 haben wir statistische Daten, die für unsere Vorlage sprechen. Wie bekannt, genießen bei Stadtwahlen diejenigen Frauen das aktive Wahlrecht, die einen eigenen Hausstand besitzen, also für Punkt 2 in Betracht kommen. Als in der Partei die Meinungsverschiedenheit über unsere Vorlage ausbrach, ließen wir in 50 Städten auf Grund der Gemeindevahlen Unterfuchungen anstellen über den Anteil, den arbeitende Frauen an den Wahlen nehmen können. Unter „arbeitende Frauen“ verstanden wir diejenigen, die für Lohn arbeiten oder von den Löhnen ihrer Kinder erhalten werden. Das Resultat war folgendes:

Gesamtzahl der Wähler auf den Stadtlisten . . . 372 321
Gesamtzahl der weiblichen Wähler 59 920
Davon arbeitende Frauen 49 410

Also über 82 Prozent der weiblichen Wähler gehörten zur Kategorie der arbeitenden Frauen. Unsere Vorlage würde also nicht nur ein für allemal den Grundsatz der Minderwertigkeit der Frauen brechen, sondern könnte auch uns als Sozialisten befriedigen, da so viele Arbeiterinnen das parlamentarische Wahlrecht erhalten würden. Schließlich wissen wir ja alle, daß es in England viel leichter ist, ein bereits bestehendes Gesetz zu amendieren, als eine ganz neue Bill durchzusetzen, deshalb vertreten wir die Vorlage. —

Wie aus den Auseinandersetzungen des letzten Londoner Kongresses der Arbeiterpartei hervorgeht, sind beide Gruppen ziemlich gleich stark, obwohl die radikale etwas stärker ist. Wahrscheinlich werden wir schon in den nächsten Monaten eine Debatte im Parlament über die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für Frauen und Männer haben.

London, 1. März 1906. M. Beer.

Von der Seimarbeitsausstellung in Berlin.

IV. Konfektion und Wäsche.

Im Gegensatz zu der hausindustriellen Textil- und Spielwarenfabrikation, die man gewissermaßen als deutsche Gebirgspezialität bezeichnen könnte, ist die Konfektionsarbeit

wenngleich sie auf das Land hinauswandert, ein Produkt der großen Städte, von internationalem Charakter. Granenhaft sind die Schilderungen des Glends aus den Schwibhölhlen des Londoner Ostend und der New Yorker tenements. Selbst der neueste Erdteil, Australien, bekam seine Heimarbeit mit allen ihren entsetzlichen Auswüchsen, gegen welche jedoch der Kampf bald aufgenommen wurde mittels einer weitfassenden Schutzgesetzgebung, die außer einer strengen Inspektion auch gesetzliche Zwangsmaßnahmen festgelegt hat, die vor jeder Saison zu vereinbaren sind. Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob die gesetzlichen Maßnahmen in Australien alles erreicht haben, was sie bessern sollten, uns drückt die betrübliche Tatsache, daß wir im „Lande der Sozialreform“ bis heute noch auf den Versuch warten, dem Heimarbeitelend durch die Gesetzgebung entgegenzuwirken. Nur etwas Geduld, spricht der edle Graf Posa. Auf dem Schiffe der deutschen Sozialreform mit Händen und Füßen an den Mast gebunden, darf er zusehen, wie seine Herren Kollegen vom Meer und von der Marine, von der Landwirtschaft und von Industrie und Handel das morsche Ding auf den Sand treiben lassen, wo es von den Fluten der Weltmächtepolitik und der Profitgier bis auf einige traurige Reste zertrümmert wird. Geduld kommt her von Dulden, und so ist Graf Posa glücklich auf den Kapuziner Abraham Santa Clara herabgekommen, der zwar den Besitzenden auch hin und wieder einige bittere Wahrheiten sagte, dabei aber dem Volke zumutete, weiter zu dulden und zu leiden.

Den Heimarbeitern der Konfektion hat es an Geduld wahrlich nicht gefehlt. Seit der großen Konfektionsarbeiterbewegung von 1896 sind zehn Jahre verfloßen, ohne daß seitens der Gesetzgebung etwas Nennenswertes zum Schutze der Ausgebeuteten und Leidenden geschehen wäre. Die Regungen des Mitleids und des Grauens, die durch die Bloßlegung entsetzlichster Mißstände damals weite Schichten des Bürgertums durchbeugten, sind längst erstorben. Die gesetzgeberische Aktion, zu der es 1897 unter dem Einfluß des Streiks kam, brachte ganz wenig Gutes, das durch Halbheiten bedeutungslos gemacht wurde. Heute dürften die Dinge in dieser Industrie kaum besser sein als vor einem Jahrzehnt, eher könnte man das Gegenteil behaupten und auch beweisen.

Dafür spricht auch die Ausstellung der Konfektionsindustrie, die sehr reichhaltig, wenn auch bei weitem nicht erschöpfend besichtigt ist. Der Verband der Schneider und Schneiderrinnen Deutschlands hat einen großen Teil der Gegenstände gestellt; neben ihm sind noch andere Vereinigungen an der Ausstellung beteiligt. Eine instruktive Sammlung hat der Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter aufgelegt. Er hat insbesondere über die Schmutzkonkurrenz der Berliner Beamtenfrauen und -töchter zu klagen, in der Krawattenindustrie über das Zwischenmeistersystem. Wochenverdienste von 8 bis 12 M. sind bei 10 bis 14stündiger Arbeitszeit die Regel, und von ihnen gehen noch diverse Auslagen ab, die bei der Kürzlichkeit der Entlohnung schwer empfunden werden. Der Verdienst der Zwischenmeister und Unternehmer ist dafür sehr hoch.

Von der Maas bis an die Memel und vom Rhein bis an den Belt: das selbe Heimarbeitelend in der Kleider- und Wäschekonfektion. Die deutsche Einheit ist in dieser Beziehung wahrhaft mustergültig! In den Löhnen ist ein räumlicher nationaler Wettstreit nicht zu verkennen. Allerdings nur ein Wettstreit darin, wer es im Zahlen niedrigster Löhne am weitesten zu treiben versteht. So bezahlt ein gemittelter bajuvarischer Ausbeuter an der Isar für eine Herrenjoppe 2,50 M., wobei der Arbeiter 22 $\frac{1}{2}$ Pf. pro Stunde verdient, während ein Konfektionär an den Ufern der Spree für den Artikel 3,75 M. berappt, so daß der Arbeiter auf circa 50 Pf. pro Stunde kommt. Bei der Herstellung von Postuniformen und Hosen erzielen die Arbeiter in Berlin Stundenlöhne von 21 bis 26 Pf., in Bückeburg, der Hauptstadt des Weltreichs Schaumburg-Lippe, werden die Löhne nach der Größe des Landes bemessen, der Verdienst für ähnliche Arbeiten beläuft sich dort nur auf 16 $\frac{1}{2}$ Pf. Das Nähen von Kinderanzügen wird mit 6,50 M. für das Duzend bezahlt, Verdienst 8 Pf. pro Stunde. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Wäschekonfektion. In Breslau beträgt der Lohn für ein Duzend Hemden 1,10 M., der Stundenverdienst dabei 12 $\frac{1}{2}$ Pf., in Hannover gibt es für komplizierte Arbeit 1,80 M. pro Duzend, die Arbeiterin erzielt für die bessere Ware 6 Pf. Stundenlohn. In Berlin stellt sich der Durchschnittsverdienst für Hemdennähen ungefähr auf 20 Pf. Das Nähen von Schürzen bringt in Breslau 12 Pf., in der Stadt der reinen Vernunft, Königsberg, 8 Pf., in Berlin 9 bis 11 Pf. pro Stunde.

Besonders interessant ist die Ausstellung von Borten, Stidereien, Häkelarbeiten, Besahartikeln usw. aus dem Speßart, welche der Verein für Sozialpolitik geschildert hat. Sie ermöglicht Vergleiche zwischen den Arbeitslöhnen und den Verkaufspreisen. Unternehmer und Zwischenhändler können sich nach den angegebenen Erzeugnissen ihren Gewinn auf mindestens 50 Prozent berechnen. Gegenstände, die einen Erzeugungs- und Materialwert von vielleicht 6 M. haben, werden im Laden zu 18 M. verkauft. Für geringe Mühe streichen Vermittler und Fabrikant 12 M. ein, der Arbeiterin wird ein Bettelgeld von wenigen Pfennigen in die Hand gedrückt. Ganz horrend „Entschädigungen“ für ihre „unentbehrlichen“ Leistungen säckeln auch die „Zwischenmeister“ ein, diese Blüten der Heimindustrie. Das Doppelte von dem, was die Arbeiterin für viele Stunden schwersten Nähens erhält, berechnen sich diese Herren und Damen für Arbeiten, die oft kaum ein Stündchen dauern.

Wer den ganzen Blödsinn der kapitalistischen Wirtschaftsweise bis auf die Reize „genießen“ will, der kann es tun,

indem er das Glend der Wäsche- und Kleiderkonfektion an sich vorüberziehen läßt, die im ewigen Einerlei von Hungerlöhnen und übermäßig langer Arbeitszeit erzählt. Auf der einen Seite Arbeiterinnen, die für ein Damenjackett 85 Pf. bis 1 M. Lohn erhalten und 16 Stunden täglich arbeiten müssen, um trockenes Brot für sich und die Kinder zu haben; auf der anderen Seite all das unnütze Geschmeiß, das sich vom Schweiß dieser Armen nährt: der Konfektionär, der Einkäufer, der Zwischenmeister, der Ladeninhaber, der Hauswirt, der Besitzer der Zeitung, der mit Bonne das Geld für die Geschäftsreklamen einstreicht, und andere noch. Sie alle kommen nicht zu kurz bei ihrer in einer vernünftig eingerichteten Gesellschaft ganz überflüssigen Tätigkeit, während die Arbeitsbienen, die den Honig für diese Drohnen produzieren, langsam, dafür aber auch mit unfehlbarer Sicherheit verhungern. Aber so beredt auf der Ausstellung die Gegenstände und die trockenen Zahlen auch zu uns sprechen, wieviel verschweigen sie uns dennoch! Dieser Kinderanzug sagt uns nicht, daß seine Verfertigerin 12 bis 14 Stunden angekniet an der Maschine saß, daß die Räder morgens um 5 Uhr schon schnurrten und nachts um 11 Uhr sich noch drehten. Es ist an ihnen nicht abzulesen, daß das Mittagessen in Eile hergestellt wurde, die Zimmer nur nebenbei flüchtig gereinigt werden konnten, daß die kleinsten Kinder wegen der mangelnden Wartung die Nerven der Mutter mit ihrem unaufhörlichen Geweine bis zur Verzweiflung peinigten. Für die verheiratete Heimarbeiterin sind die Abend- und Morgenstunden die beste Arbeitszeit. Ihre Kräfte werden dabei in kurzer Zeit aufgerieben. Diese Wonnen der deutschen Arbeiterfamilie, diese hehren Freuden der Familienmutter dürfen um alles in der Welt nicht gestört oder gar zerstört werden, wie es die Befürworter des gründlichen gesetzlichen Schutzes der Heimarbeit kurzschäftigerweise fordern! Die Heiligkeit und Unantastbarkeit der Familie über alles — weil sie dem Kapitalismus zum besten dient, aber wenn die Staatsraison es verlangt, mag der Sohn auf Vater und Mutter schießen! Wahrlich, diese Ausstellung kann der Proletarier nur verlassen als Lobfeind einer Gesellschaft, die bisher nicht imstande war, auch nur das mindeste für Hunderttausende ihrer Mitglieder zu tun, die vor ihren Augen um des Vorteils einer kleinen Minderheit willen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt sind und dabei noch mit ihrer Brut hungern dürfen! Leben wir wirklich im zwanzigsten Jahrhundert?

m. l.

V. Die Metallindustrie.

Wenn wir von der Metallindustrie sprechen, so denken wir zuerst an die ruhigen Gesellen, die mit starkem Arm den gewichtigen Hammer auf das glühende Eisen niedersausen lassen. Vor unserem Geiste erstehen riesige Hüttenwerke mit Tausenden von Arbeitern, die schweißtriefend unter der Knute der internationalen Kühnemänner all die Wunder der Technik erstehen lassen, die heute das Wirtschaftsleben mit ihrem Pulsschlag im Takt halten oder über Land und Meer hinweg die Völker verbinden. Gigantische Kraftmaschinen, märchenhaft kunstvolle Werkzeugmaschinen, lähn geschwungene Brücken, feurige Dampftröge und die Leviathan der Ozeane, die modernen Transportschiffe, die den Fleiß unserer Hände in die fernsten Zonen tragen. Aber auch in dieser modernsten Industrie gibt es Heimarbeit mit all ihrem Gefolge entsetzlicher Not. Von der ungefähre einer Million Köpfe starken Arbeiterschaft der Metallindustrie werden in nicht weniger als 54 Sparten rund 80 000 als Heimarbeiter beschäftigt. Wir finden Heimarbeit bei Herstellung von Gold- und Silberwaren und landwirtschaftlichen Maschinen, bei der Verfertigung von Spielwaren und Musikinstrumenten wie beim Wagenbau und der Fabrikation von Geldschranken; es gibt hausindustrielle Nagel- und Grobschmiede, Scherenschleifer und Feilenhauer, Uhren- und Wäschennäher. Von dieser reichen Mannigfaltigkeit der Heimarbeit in der Metallindustrie gibt die Ausstellung nur Stichproben, die durchgängig dieselben Merkmale tragen wie die aus anderen Zweigen der Hausindustrie.

Die Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit ist insbesondere in dem gut katholischen Bezirk Aachen auf die Spitze getrieben. Der „Dreißiger“ dieses Ausbeutungsrayons heißt Prym. In verschiedenen Städten der Gegend hat er Fangstellen angelegt, die systematisch mittels vielversprechender Annoncen die hungrigen Opfer anlocken, die sich dann bei „lohnender Arbeit“ für die Firma Prym, G. m. b. H., aufreiben können. Wie die Arbeit (insbesondere die Fertigung der Druckknöpfe) auf die Gesundheit der Kinder wirkt, darüber lassen wir eine „christliche“ Stimme reden, damit wir nicht in den Verdacht der Übertreibung kommen. Sie äußert sich wie folgt:

„Die Arbeiten sind insbesondere für die Kinder sehr anstrengende und gesundheitschädliche. Da die Haltung des Körpers bei allen diesen Arbeiten eine vornübergebeugte ist, so entwickeln die weichen Glieder der Kinder sich nicht in richtiger Art und Weise. Nicht selten kann man beobachten, daß die eine solche Tätigkeit ausübenden Kinder eben infolge dieser Arbeit krumm gewachsen und für ihr Leben lang zum **armen Krüppel** geworden sind.

Die anstrengende Verarbeitung der winzigen Materialien und die Arbeit bei Lampenlicht — manchmal bis in die späte Nacht hinein — wirkt schädlich auf die Augen der Kinder und hat nicht selten eine bössartige Entzündung derselben zur Folge.

Das Eindringen der Federn in die Druckknopfhülsen ist eine besonders schwierige Arbeit. Die Federn müssen mittels einer Eisenspitze in die Hülsen hineingezwängt werden, wobei die Kinder sich die Fingerspitzen zerkratzen, so daß sie oft infolge der wunden und übermüdeten Hände kaum noch in der Lage sind, ihre Schulaufgaben zu machen. Das Eindringen der fertigen Druckknöpfe auf die Kartons erfordert

bei jedem Knopf eine Druckkraft von drei bis vier Kilogramm. Die Entwicklung einer solchen Kraft ist aber für die schwachen Kinderhände auf die Dauer eine außergewöhnliche Leistung. Die Übermüdung der Handgelenke und Finger, welche gar manches Mal anschwellen und Fingerkrampf derselben zur Folge hat, verursachen den Kindern große Schmerzen. Oft genug bilden sich an den Fingern der Kinder Geschwüre; Hände mit verwachsenen Fingernägeln und schief abgenutzten Fingerspitzen sind unter diesen Heimarbeiteländern nichts Seltenes. Die eintönige Arbeit, der fehlende Schlaf, die durch die Überanstrengung hervorgerufene Nervosität, Abgestumpftheit und körperliche Erschlaffung verschulden, daß die armen Wesen geistig und körperlich zurückbleiben. Geringe kraftlose Nahrung, Mangel an frischer Luft und Bewegung und der Aufenthalt in den dumpfen, ärmlichen Wohnungen tun ein übriges, das traurige Los der Heimarbeiteländer zu vervollständigen.“

Sollen wir diesem entsetzlichen Gemälde auch nur noch einen Strich hinzufügen? Wir meinen, es zeigt auch so genug und erhebt flammende Anklage gegen deutsch-preussische Sozialreform unter den Fittigen des Hohenzollernaares.

Von Aachen über Köln gelangen wir in das Gebiet der Solinger-Isferlohrer Kleinmetallindustrie. Hier werden vorwiegend Messer, Gabeln und Scheren hergestellt, die Verfertigung von Schwertern, die einst Solingens Ruf weithin trug, ist zurückgegangen. Bei der Herstellung der Messer herrscht weitgehende Arbeitsteilung. Das Schleifen, die Anfertigung der Schalen, das Schmieden und Härten, das Zusammensetzen und endlich das Ausmachen, das dem fertigen Produkt den letzten „Schliff“ gibt, eine jede dieser Arbeiten wird von anderen Händen verrichtet. Der Verdienst der einzelnen Arbeiterkategorien ist verschieden und darf im Durchschnitt mit 3 bis 4 M. pro Tag bei 10 bis 13stündiger Arbeitszeit angenommen werden. In Belbert werden Tischklöpper in der Heimindustrie zusammengesetzt. Frauen- und Kinderarbeit spielt hier wieder eine größere Rolle. Die Verdienste schwanken zwischen 10 bis 15 Pf. pro Stunde, 30 bis 40 Pf. im Höchstfall. In Isferlohn, wo Näh-, Haar-, Stednadeln, Schnallen fabriziert und in Hausarbeit verfertigt gemacht werden, gleichen die Zustände in vieler Hinsicht denen in Aachen. Auch hier sind Stundenlöhne von 4 bis 6 Pf. die Regel.

Eine skandalöse Ausbeutung der Kinderarbeit finden wir auch in Nürnberg-Fürth. Hier werden Blechspielwaren, von Maschinen ausgestanzt, im traulichen Heim zusammengesetzt. Für 144 Gegenstände (Kolomotiven, Wagen, Tiere), die aus verschiedenen Teilen bestehen, werden 10 bis 15 Pf. bezahlt. Der Verdienst der Kinder wird auf 1 bis 2 Pf. pro Stunde geschätzt. Ähnliche Arbeiten werden auch in Brandenburg a. H. gemacht und gleich glänzend honoriert.

Das Erzgebirge, als Sitz von Heimarbeit, darf natürlich auch in der Metallindustrie nicht fehlen. In Sachsenfeld und Weiersfeld werden Milchkannen, Laternen, Öllampen hergestellt. Die Räume, in denen das geschieht, sind klein und überhitzt, wahre Miniaturhöhlen. Ein Vater kann unter Mithilfe von vier Kindern in der Stunde 32 Pf. verdienen. Die Arbeitszeit beträgt 13 bis 14 Stunden!

Im badischen und württembergischen Schwarzwald fronden die Heimarbeiter für die reichen Uhrenkönige. Die Schwarzwälder Uhrenindustrie, die in früheren Jahren reine Hausindustrie war und später in große Fabriken (Schramberg) verlegt wurde, entwickelt sich dank dem Streben der Fabrikanten nach billigen Arbeitskräften wieder zur Heimarbeit zurück, die nun jedoch unter verschlechtesten Bedingungen vor sich geht. Bei solchen Rückbildungen, die nur im Interesse der Unternehmer liegen, müßte meines Erachtens der Gesetzgeber einschreiten, und das um so mehr, als der nämliche Prozeß in einer Reihe von Gewerben um sich greift, zum Beispiel auch in der Textil-, Porzellan- und Schuhindustrie. Eine Sozialpolitik, die in der Heimindustrie einen Krebschaden erblickt, dürfte vor einer vorbeugenden Operation dieser Art nicht zurückschrecken. Wenn die Regierung und die bürgerliche Reichstagsmehrheit auf lange Zeit hinaus kaum den Willen und die Kraft haben dürften, die bestehenden Mißstände zu beseitigen oder auch nur einzuschränken, so sollten sie wenigstens die Entstehung neuer sozialer Seuchenherde zu verhindern suchen. m. l.

Erziehung ohne Prügel.

Von Heinrich Schulz.

Im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ ist vor kurzer Zeit ein Schriftchen des Genossen Julian Vorchardt erschienen, das nach dem Titel die Frage zu beantworten sucht: Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?

Der Verfasser gibt auf den 48 Seiten seines Buches — je nachdem — weniger und mehr, als man nach dem Titel erwarten darf. So beschäftigen sich die ersten acht Kapitel, die ungefähr dreißig Seiten beanspruchen, nicht direkt mit der Beantwortung der gestellten Frage. Es sind allgemeine psychologische und physiologische Betrachtungen über Eltern und Kinder, über Ehe, Zeugung, Erziehung, Anlagen und ähnliche an sich ganz nützliche Dinge. Der Verfasser will dadurch ein möglichst breites Fundament für die von ihm schließlich aufgestellte Forderung der Beseitigung der Prügelstrafe schaffen. Diese Betrachtungen sind zweifellos sehr lesenswert und anregend. Der schlichte, freilich etwas nüchterne und gelegentlich auch lehrmeisterliche Stil, in dem sie gehalten sind, ermöglicht es jedem Arbeiter und jeder Arbeiterfrau, in ihr Verständnis völlig einzudringen. Es ist nichts absolut Neues, was Vorchardt vorbringt, aber er bringt es in einen neuen Zusammenhang und prüft es an

der Hand unserer sozialistischen Anschauungen und rückt dadurch manche vulgäre Meinung und manchen landläufigen Begriff in eine neue Beleuchtung.

Nicht immer dringt er dabei bis auf den Kern der Sache. So kommt er bei seiner Definition des Begriffs der Erziehung nicht aus der Anschauungsweise der traditionellen bürgerlichen Pädagogik heraus. Das Ziel der Erziehung müsse sein, so erklärt er, diejenigen Anlagen, die der Jüngling hat, zur vollen Entwicklung und Betätigung zu bringen. Oder, so will er mit anderen Worten dasselbe ausdrücken, die Persönlichkeit der Menschen zu voller harmonischer Ausbildung zu bringen.

Das erinnert, wie auch noch manche andere Stelle in der Schrift, sehr an die naturphilosophische Denkweise Rousseaus und an die bei Rousseau anknüpfende revolutionäre Pädagogik Pestalozzis. Sicherlich ist darin ein höchst wertvoller, guter Kern enthalten, und zumal für die Zeit der Entstehung jener Auffassung war sie die einzig naturgemäße; sie bedeutete die revolutionäre Empörung des Individuums gegen seine geistige und körperliche Hörigkeit und Gebundenheit durch die mittelalterliche Reaktion.

Wir Sozialisten dürfen uns aber an dieser individualistischen, mit temperamentvollem Gefühlsozialismus durchsetzten Auffassung der Erziehung nicht genügen lassen. Wir müssen der selbstverständlichen Entwicklung der Individualität von vornherein bewusst und mit Absicht die durch die soziale Gemeinschaft gezogenen Grenzen gegenübersehen und dürfen uns dabei nicht durch das bürgerliche Lamento über die angeblich verletzte „freie Persönlichkeit“ beirren lassen. Daß dieser Ausgleich am besten sich durch die Einführung der „Arbeit“ in die Erziehung, durch die Orientierung des gesamten Erziehungsmerkes an dem Begriff der gesellschaftlich notwendigen „Arbeit“ erfolgt, kann ich hier nur andeuten. Eine nähere Ausführung würde mich viel zu weit ab von dem eigentlichen Thema führen.

Zweifellos ist Borchardt sachlich mit mir einverstanden. Der scheinbare Gegensatz ist nur dadurch entstanden, daß Borchardt allzu gutgläubig die Ausdrucksweise der bürgerlichen Pädagogik übernommen hat.

Erst im letzten Drittel seines Buches wendet sich Borchardt seinem eigentlichen Thema zu. Besonders in den zwei Kapiteln „Gehorsam ohne Prügel“ und „Über lügenhafte Kinder“ ist der eigentliche Extrakt seiner Ausführungen enthalten. Diese zwei Abschnitte halte ich auch für die wertvollsten. Es sind scharfsinnige Betrachtungen über den Wert des Gehorsams, über die Ursachen des Ungehorsams und der Lüge darin enthalten und ebenso wertvolle Winke, wie der notwendige Gehorsam ohne Prügel erzielt und wie umgekehrt Ungehorsam und Lüge bei den Kindern ohne Prügel ausgetrieben werden kann. Den proletarischen Müttern kann nur auf das dringendste empfohlen werden, sich diese Ratschläge recht fest einzuprägen und bei der Erziehung ihrer Kinder danach zu handeln.

Ernsthafte Vorbehalte muß ich dagegen zu dem nächsten Kapitel machen, das sich mit Belohnung und Strafe beschäftigt. Borchardt verwirft jedwede Belohnung und jedwede Strafe, weil die Kinder dadurch zu etwas gezwungen würden, was ihrer Natur zuwider sei. Damit überspannt er das Prinzip der Erziehung ohne Prügel. Es scheint, als ob auch hieran wieder seine naturphilosophischen Liebhabereien die Hauptschuld tragen. Freie und glückliche Menschen will er dadurch schaffen, daß er alle Anlagen zur Entwicklung bringen will, die das Kind hat. Damit wäre aber dem Kinde und der sozialen Gemeinschaft gar nicht gedient, denn es hat auch Anlagen, deren Entwicklung wir im Interesse der Allgemeinheit nicht wünschen können. Man hat die Erziehung oft mit der Aufzucht eines Baumes verglichen. Das Bild trifft in mancher Hinsicht zu. Wie man bei einem jungen Baume nicht alle Anlagen sich frei entwickeln läßt, sondern wie der kluge und geschickte Gärtner den wachsenden Baum beobachtet, ihn stützt, ihn von kraftausaugenden, den geraden und notwendigen Wuchs hemmenden Trieben befreit, wenn es sein muß auch seine Zweige und Äste beschneidet, wie er ihn begießt und düngt, um einen Stillstand in der Entwicklung zu überwinden, — so muß auch der Erzieher über sein Kind wachen. Nicht soll er an der jungen Menschenknospe zerren und zupfen, nicht soll er sie aufschlagen, wohl aber soll er sie davor bewahren, Wege einzuschlagen, die die natürliche und wünschenswerte Entwicklung hemmen, wohl darf er auch gelegentlich zur Ermunterung seiner Sprößlinge und Schützlinge eine „Belohnung“ in Aussicht stellen und verabreichen.

Natürlich kommt es darauf an, was man unter „Strafe“ versteht, und sehr wohl kann ich mir einen Erzieher vorstellen, der, ohne je zum Stocke zu greifen, durch ein raffiniertes Straffsystem schlimmer wirkt als ein temperamentvoller Prügelpädagoge. Wenn aber die Strafe, ohne als solche besonders gekennzeichnet zu werden und ohne richterliche Umständlichkeit und Feierlichkeit sich als die naturgemäße Folge einer schlechten Handlung oder eines schlechten Charakterzugs ergibt, so ist sie nicht zu verwerten. Wenn ein Kind sich unanständig aufführt, so wird der Erzieher das Kind hinaus schicken, indem er ihm mit wenigen Worten klar macht, daß sich solche Unanständigkeit im Zimmer und im Weisem anderer nicht ziemt. Wenn ein Kind durch Streitsucht oder durch Eigensinn beharrlich die Geschwister oder die Eltern stört, so haben Vater oder Mutter schließlich ein Recht, ja die Pflicht, dem Störenfried auf einige Zeit einen Platz in der Zimmerecke oder draußen vor der Tür oder in einem anderen Raume anzuweisen; dadurch wird dem Kinde, natürlich unter gleichzeitiger Begründung durch den Erzieher, nahegelegt, sich dem Kreise, dem es angehört, anzupassen und die Gemeinschaft nicht durch seine individuellen Launen zu stören. Wenn ein Kind gierig nach

allem trachtet, was es vor Augen sieht, besonders nach dem, was auf dem Tische steht, so darf der Erzieher sehr wohl dem Kinde die mit den Augen bereits verschlungenen Schönheiten vorenthalten; nur soll er sie nicht aus Gehässigkeit den Geschwistern geben oder sie gar mit schmerzhaftem Behagen selbst verzehren; er muß dann schon so viel Selbstüberwindung besitzen, um die begehrten Güter allen, auch sich selbst vorzuenthalten und dadurch dem kleinen gierigen Störenfried begreiflich zu machen, wie er durch seine Gier sich selbst und den anderen, also dem sozialen Zusammenleben geschadet hat. Auch die Belohnung ist nicht ohne weiteres zu verwerten. Wenn die Mutter dem Kinde dafür, daß es seine Schularbeiten recht sorgsam und gewissenhaft anfertigt, einen Kuß oder einen Spaziergang als Belohnung in Aussicht stellt, so kann nur trockene, lebensfremde Theorie darin eine unnatürliche, zwangsmäßige Beeinflussung des Kindes sehen.

Zugeben will ich aber Borchardt, daß die von ihm befürchteten Gefahren von Belohnung und Strafe eintreten müßten, wenn die ganze Erziehung nur von diesen zwei Faktoren oder doch von ihnen in der Hauptsache dirigiert würde, wenn alle Entschlüsse, alle Handlungen des Kindes nur durch die drohende Strafe oder durch die zu erwartende Belohnung locker gemacht würden — auch der Gärtner wird nicht Tag für Tag an seinem Bäumchen herumerschneiden und -gießen. In der Hauptsache hat Borchardt recht, daß dem Kinde möglichst viel Freiheit zu lassen ist, daß man es seinen naturgemäßen Trieben nach Möglichkeit folgen lassen und daß man nicht jeden selbständigen Schritt durch Warnungstafeln oder Strafen hemmen soll. Nur der einseitigen Überspannung seines an sich richtigen Gedankens, zu der sich Borchardt verleiten läßt, wollte ich entgegenreten.

So regt das Borchardtsche Schriftchen zu manchen Gedanken an. Man wird dem Verfasser auf der einen Seite widersprechen, auf der anderen stimmt man ihm gern zu; man hält diese und jene Partien für weniger wichtig, man vermischt wichtige Ausführungen oder glaubt sie nicht mit dem nötigen Nachdruck behandelt, die man selbst für sehr wesentlich bei der Entscheidung über die Frage der Prügelpädagogik hält; vor allen Dingen aber ist man erfreut darüber, daß durch das Buch wieder einmal eine Frage der Kindererziehung, und zwar eine sehr wichtige und eine von denen, die manches energische und charakterfeste proletarische Elternpaar für sich persönlich sofort lösen kann, zur öffentlichen Erörterung gestellt worden ist.

Den Leserinnen der „Gleichheit“ kann deshalb die Anschaffung und die eifrige Lektüre der Borchardtschen Schrift nur angelegentlich empfohlen werden.

Das Frauenstimmrecht im Reichstag.

II.

Wir haben bereits eingangs des Artikels in voriger Nummer kurz auf die schwächliche und widerspruchsvolle Haltung der bürgerlichen Demokratie in der Frage des Frauenstimmrechtes hingewiesen. Der Wortlaut der Reden, welche die Herren „radikalen Liberalen“ zu der sozialdemokratischen Forderung gehalten haben, läßt Schwächlichkeit und Widerspruch scharf hervortreten. Und das ist besonders bemerkenswert: Herr Träger, eine der ersten Freisinnseuchten, erklärte im Namen seiner Partei, daß diese dem sozialdemokratischen Antrag in seiner Totalität gerade deswegen nicht zustimmen könne, weil er die Gewährung des Wahlrechtes „an alle Personen von 20 Jahren und an alle Personen beiderlei Geschlechts“ forderte. Mit anderen dürren Worten: die Forderung des Frauenstimmrechtes mache den sozialdemokratischen Antrag für die bürgerlichen Demokraten unannehmbar. Das wird mit wünschenswerter Klarheit durch den Geschäftsordnungsantrag Eichhoff gezeigt, über den sozialdemokratischen Antrag getrennt abzustimmen und es dadurch den freisinnigen Männern zu ermöglichen, ihr Votum für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes im Prinzip, aber gegen das Frauenstimmrecht abzugeben. Herr Pachnicke, ebenso wie Herr Eichhoff eine „leitende Persönlichkeit“ des freisinnigen Krähwinkels, bestätigte dies, indem er dem Philisterstandpunkt seiner Parteifreunde ein Opportunitätsmäntelchen umzuhängen suchte. Wir müssen, so sagte er, die Forderung des Frauenstimmrechtes und die Herabsetzung des Wahlmündigkeitsalters „schon deshalb ablehnen, weil wir die Reform, die wir wünschen, durch Hinzufügung ansichtbarer Wünsche nur überflüssigerweise erschweren würden.“ Bei näherem Zusehen entpuppt sich jedoch alles Gerede von den „Nützlichkeitserwägungen“ usw. als reiner Kartisari. Wie die Dinge liegen, handelte es sich tatsächlich nur um die grundsätzliche Anerkennung der Forderung des Frauenstimmrechtes. Das Bäckerdühend Freisinniger, die fast alle auf Straßen anderer Parteien in den Reichstag gehumpelt sind, hätte durch sein Votum keinen entscheidenden Einfluß auf das Resultat der Abstimmung auszuüben vermocht. Die „radikalen Liberalen“ nach dem Herzen der bürgerlichen Frauenstimmrechtsvereinerinnen haben im letzten Grunde die prinzipielle Anerkennung der Forderung abgelehnt. Nebenbei sei noch eines Zuges gedacht, der seine Bedeutung zur Charakteristik des „wiedergeborenen“ Liberalismus hat. Die Ausführungen der Herren Träger und Blumenthal über das Frauenstimmrecht entsetzten jene Heiterkeit, welche lebhaft an die „Gemütlichkeit“ der spießbürgerlichen Stammtischrunden erinnert.

Konservative und Zenträmmer lebten es ab, in die Erörterung des sozialdemokratischen Antrags überhaupt einzutreten. Zwei Elsässer jedoch, die dem Zentrum nahestehten, die Herren Delfor und Wiltberger, äußerten sich auch zur Frage des Frauenstimmrechtes, und zwar alles in allem

nicht schlechter wie die Vertreter der bürgerlichen Demokratie. Bemerkenswert sei noch, daß der Silberwährungsapostel Arendt den Reichstag durch die Entdeckung ergötzte, daß Recht jedes gegenwärtigen Wählers werde durch die Einführung des Frauenstimmrechtes um die Hälfte vermindert, da in der Folge die Zahl der Wähler sich verdopple. Auch der Antisemit Bruhn erklärte sich im Auftrag seiner Parteifreunde gegen das Frauenwahlrecht. Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen lassen wir die bürgerlichen Abgeordneten der Reihe nach, wie sie gesprochen, zum Worte kommen.

Abgeordneter Träger führte aus: „Was nun die Frauen anbetrifft, so habe ich aus meiner Verehrung für die Frauen niemals ein Hehl gemacht (Heiterkeit), und in Übereinstimmung mit allen meinen Freunden bin ich lebhaft interessiert für alle Bewegungen und Bestrebungen, die die Frauen machen, um zu gleichem Rechte zu gelangen. Wir haben auch schon erlebt, daß in öffentlichen Tätigkeiten, zum Beispiel als Vormünderinnen und Ratgeberinnen, sie sich aufs äußerste bewährt haben, und es wird jeder nur wünschen, daß sie diese Schritte vorwärts machen, und ihnen diese Schritte auch jedenfalls zu erleichtern suchen. Aber, meine Herren, ob der Schritt bis an das letzte Ziel, das heißt bis auf das Wahlrecht zum deutschen Reichstag nicht ein Sprung, vielleicht ein Salto mortale ist, das, meine Herren, gebe ich Ihnen zu bedenken anheim.“

Von vornherein gebe ich zu, daß die Frauen in dieser Beziehung durchaus nicht minderwertig sind. Ich meine, daß sie an Pflichttreue, an Scharfsinn, an Auffassungsgabe und an Beredsamkeit namentlich in der Debatte (große Heiterkeit), falls wir diesen Ausdruck noch mit Erlaubnis der Frauen brauchen dürfen, ihren Mann vollkommen stehen. Ich sehe auch, meine Herren, mit meinen nach der Zukunft gerichteten Augen vielleicht schon einen deutschen Reichstag, in dem zu allgemeiner Freude bunte Reihe gemacht wird. (Große Heiterkeit.) Aber so weit, meine Herren, glaube ich, sind wir jetzt noch nicht. Wir müssen die Frauen noch zurückhalten. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Ich halte das aktive und passive Wahlrecht für die Krönung des Gebäudes der Frauenrechte. Wenn Sie aber bedenken, wie diese Fundamente noch heiß und heftig umstritten werden, wie wenig sie noch fest gelagert sind, dann werden Sie doch Bedenken tragen, Bedenken in der Seele der Frauen selbst, jetzt schon auf das schwankende Gebäude diese Krone zu setzen.

Ich meine also: unterließen wir die Frauen in jeder Beziehung bei Verfolgung ihrer Rechte; aber halten wir sie von diesem Begehren noch zurück, was auch, meine Herren, ein solcher Punkt ist, der ängstliche Gemüter einschüchtern könnte.“

Abgeordneter Delfor sagte: „Was dann das Frauenwahlrecht betrifft, so gestehe ich, daß die Welt nicht schlechter regiert werden würde, wenn die holden Damen mitwählen dürften. Was Elsaß-Lothringen betrifft, habe ich auch in dieser Beziehung Erfahrungen gemacht: viele Frauen haben in den Wahlkampagnen, die ich mitgemacht habe, mehr Courage gezeigt dem offiziellen Druck der Verwaltung gegenüber als das stärkere Geschlecht. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) So ganz rechtslos sind die Damen doch auch nicht; ich glaube, daß im konkreten Leben der Mann doch manchmal ganz so stimmt, wie seine Frau will. (Große Heiterkeit.) Andererseits haben, glaube ich, unsere Frauen — ich darf das wohl von der deutschen Frau im allgemeinen, nicht allein von der Frau in Elsaß-Lothringen sagen — im großen ganzen ein höheres Ideal von ihrem Leben, als eine Rosa Luxemburg oder eine Louise Michel zu werden.“

Meine Herren, wenn ich mir den Antrag Albrecht in dieser Beziehung ansehe, so muß ich sagen: die Herren von der Linken haben hier einen Beweis von großer Uneigennützigkeit gegeben; denn der rote Teil der Frauenwelt, die roten Damen, bilden doch nur eine ganz intime Minorität, wenigstens bei uns. Und es ist doch die Frage, ob die schwarzen Frauen sich durch Sie (zu den Sozialdemokraten) so bald färben lassen. (Große Heiterkeit.) Also ich sage: wenigstens was Elsaß-Lothringen betrifft, sind die schwarzen Frauen in einer solchen Majorität, daß die Herren in der Tat einen Beweis von Uneigennützigkeit geben (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), indem sie diesen Damen das Wahlrecht gewähren wollen. (Zuruf von den Sozialdemokraten. — Große Heiterkeit.) Aber, meine Herren, ich will Ihren Uneigennützigkeitsbeweis durch einen ebensolchen beantworten und Ihnen zeigen, daß auch wir uneigennützig sind: trotzdem uns die unendlich große Majorität der wählenden Frauen einen Zuwachs an Stimmen bringen würde, so verzichten wir auf diesen Stimmenzuwachs! (Heiterkeit.)

Der Abgeordnete Blumenthal äußerte sich wie folgt: „Und dann, meine Herren, meinte der Herr Abgeordnete Delfor, auch die Frauenfrage biete Schwierigkeiten bezüglich der Annahme dieses Antrags. Meine Herren, bezüglich der Frauen werden wir uns mit dem Herrn Abgeordneten Delfor außerordentlich leicht einigen können. Denn wenn der Herr Abgeordnete Delfor auch meinte, daß er alle Frauen unter seiner Kutte hat (Heiterkeit), so habe ich die Überzeugung, daß doch auch noch einige für uns übrig bleiben werden. (Erneute Heiterkeit.) Allerdings müßten bei Einführung der Stimmberechtigung der Frauen die Waffen etwas ausgetauscht werden. Man müßte dann es ebenso als unzulässig erklären, wenn ein staatlicher Religionsdiener durch Gewissenszwang das Ergebnis der Wahl beeinflusst, ebenso wie es beim Eingreifen von Landräten und einfachen Bürgermeistern gehalten wird. Es würde dann — und die Herren würden noch immer trotzdem einen großen Vorprung vor uns beibehalten — wenigstens die Furcht vorhanden sein, daß Wahlen fälscht werden könnten, welche durch amtlichen Einfluß eines staatlich bediensteten Geistlichen zustande gekommen sind. Dann können wir den Kampf auch nach Be-

willigung des Wahlrechtes der Frauen mit dem Merkmalismus ganz ruhig aufnehmen."

Besondere Beachtung verdient die Rede des Abgeordneten v. Gerlach, weil dieser sich gern als patentierter Vorkämpfer für die politische Gleichberechtigung der Frauen aufspielt. Sie lautete: "Meine Herren, es wird beantragt werden, über den Antrag geteilt abzustimmen. Ich halte das für nützlich, weil auf diese Weise manchem ein vielleicht willkommener Vorwand genommen werden wird, gegen den prinzipiellen Teil des Antrags zu stimmen, indem er sagt, er sei zwar für das Reichstagswahlrecht auch für die Einzelstaaten, aber Frauenwahlrecht, Wahlrecht für Zwanzigjährige könne er nicht mitmachen. Diesen Vorwand jenen zu nehmen, halte ich für gut. Ich persönlich hätte keine großen Einwendungen gegen den gesamten Antrag, werde aber bei der Trennung trotzdem gegen den zweiten Teil stimmen aus reinen Nützlichkeitsbetrachtungen. . . . Prinzipiell wichtiger ist die Frage des Frauenstimmrechtes. Es hat mich außerordentlich gefreut, daß in den Reihen des Zentrums und bei dem Zentrum nahestehenden Persönlichkeiten die Frage des Frauenstimmrechtes sich weiter Bahn bricht. Nachdem unter Führung von Dr. Heim im bayerischen Landtag eine ganze Anzahl von bayerischen Zentrumsmitgliedern sich für das Frauenstimmrecht durch Abstimmung festgelegt hat, ist heute Herr Wittberger gekommen, der politisch dem Zentrum ja auch nicht fern steht, und hat sich als prinzipieller Freund des Frauenstimmrechtes bekannt. Es ist zu hoffen, daß, wenn eine so mächtige Partei und ihr nahestehende Persönlichkeiten sich immer mehr für das Frauenstimmrecht engagieren, die Sache in Fluß kommen wird. Wir haben ja früher auch vom Herrn Abgeordneten v. Kardorff gehört, daß er prinzipiell gegen das Frauenstimmrecht nichts einzuwenden habe; vielleicht wird er Gelegenheit nehmen — er ist ja zum Wort gemeldet —, zu wiederholen, daß er ein Anhänger oder wenigstens kein Gegner des Frauenstimmrechtes ist. Ich als alter Vorkämpfer des Frauenstimmrechtes freue mich, welche Fortschritte der Gedanke gemacht hat, und kann nur sagen, daß, wenn es von mir abhängt, ich lieber heute als morgen den Frauen das politische Stimmrecht geben würde."

Die Einwendung, daß die Frauen nicht reif seien für das politische Stimmrecht, halte ich absolut nicht für beweiskräftig. Die Frauen können erst politisch reif werden, wenn sie Gelegenheit haben, sich politisch aktiv zu betätigen. Gerade wenn man ihnen dieses Recht gibt, werden sie auch die daraus entspringenden Pflichten kennen lernen, und ich bin überzeugt, sie würden dann rasch außerordentlich viel politisch interessierte und gebildete Frauen haben, wenn das Wahlrecht ihnen erst die Pflicht auferlegt, sich am Wahltage zu besinnen, für welche Partei sie da zu stimmen haben. Übrigens stimmt es nicht, was Herr Wittberger gesagt hat, daß das Frauenwahlrecht aus den Kreisen der Frauen heraus nicht gefordert wird. Es ist eine von Jahr zu Jahr wachsende Bewegung unter den Frauen, die das Frauenstimmrecht fordert. Noch ist die Mehrheit indifferent. Das ist kein Wunder. Da die Frauen selbst im kommunalen Leben politisch noch absolut rechtlos sind, haben sie keine Gelegenheit gehabt, sich für diese Fragen so zu interessieren, wie es wünschenswert ist.

Das wird alles kommen, wenn sie erst das Stimmrecht haben.

Aber wenn ich ein noch so offen ausgesprochener Freund des Frauenstimmrechtes bin, so halte ich es doch für einen politischen Fehler, wenn man den Antrag auf Ausdehnung des Reichstagswahlrechtes auf die Einzelstaaten mit dem Gepäck des Stimmrechtes für die Frauen und die Zwanzigjährigen belastet. Es handelt sich darum, eine möglichst einheitliche und starke Bewegung zu entfachen gegen die Ungerechtigkeit der Wahlsysteme in den einzelnen Landtagen. Wirft man die Fragen des Frauenstimmrechtes und der Herabsetzung des Wahlalters mit hinein, so mehrt man die Gegnerschaft gegen den einen großen Gedanken: das allgemeine gleiche, direkte, geheime Wahlrecht für alle Landtage, was mir als die wichtigste politische Aufgabe unserer Zeit erscheint. Um diese Bewegung möglichst stark anschwellen zu lassen, halte ich es für nützlich, nur den allgemeinen Teil des Antrages anzunehmen."

Der Abgeordnete Wittberger meinte: "Dem sozialdemokratischen Antrag aber können wir in der Form, wie er vorliegt, nicht beistimmen. Was das Stimmrecht der Frauen angeht, so bin ich kein prinzipieller Gegner desselben; ich glaube nur, trotz aller Salanterie, deren ich mich dem schöneren Geschlecht gegenüber für fähig halte, daß es damit noch so lange Zeit hat, bis die Frauen wirklich ernst und nachdrücklich ihr Stimmrecht selbst verlangen."

Die mitgeteilten Reden zeigen klärllich, wo die Vorkämpfer, wo die Gegner und falschen Freunde des Frauenstimmrechtes zu suchen sind. Im "Zentralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine" zieht denn auch Eliza Jachenhäuser aus den Verhandlungen im Reichstag den Schluß, daß bei Vertretung des Frauenstimmrechtes gerade die Partei "gründlich versagt" habe, auf welche die radikalen Frauenrechtlerinnen ihre Hoffnung für Verteidigung ihrer Forderungen gesetzt, für welche sie die Werbetrömmel geführt hätten. Die Haltung der Freisinnigen sei kurzfristig und bedeute eine "Verleugnung des liberalen Prinzips". Auffallend sanfte Töne der Enttäuschung und des Tadels flötet die radikale "Frauenbewegung". Sie erklärt mit rührender Bescheidenheit die Ausführungen Trägers als "bedauerlich und mit konsequentem Freisinn nicht in Einklang zu bringen". Über eine "gewisse Erregung" und einen "verstimmenden Eindruck" hinaus scheinen sich die Gemüter der radikalen Frauenrechtlerinnen über den Verrat ihrer Freunde nicht erhitzen zu haben. Allerdings winkt die "Frauenbewegung" mit dem Scheidebrief: Trägers Ausführungen "dürften, wenn sie als

Außerung der Partei, wie er sie vorbrachte, Anerkennung finden sollten, es den Angehörigen des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht außerordentlich erschweren, wenn nicht unmöglich machen, der freisinnigen Volkspartei künftig noch anzugehören". Aber nach echt liberaler Art pflanzt das Blatt noch am Grabe die Hoffnung auf, daß "leitende Persönlichkeiten der Partei" gut machen, was jetzt gesündigt wurde. Als ob mit den Träger und Konforten nicht genug "leitende Persönlichkeiten" den Parteistandpunkt klipp und klar zum Ausdruck gebracht hätten. Kurz, das Organ der radikalen Frauenrechtler ist der Verpflichtung aus dem Wege gegangen, bei Beurteilung des philisterhaft verständnislosen Verhaltens zum Frauenstimmrecht mit aller Schärfe den Punkt aufzuzeigen. Das entspricht nur der in letzter Zeit gepredigten Taktik der Bundesbrüderschaft mit den schäbigen Resten des bürgerlichen Liberalismus. Zu den gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Verdächtigungen und Verleumdungen aber paßt es nur, daß die "Frauenbewegung" schamhaft von dem "Antrag Albrecht und Genossen" spricht, nicht von dem sozialdemokratischen Antrag, sowie daß sie für Bebels Verteidigung des Frauenstimmrechtes nicht eine einzige Silbe übrig hat. "Die höhere Auffassung des politischen Lebens" unter der Herrschaft "strengster Gerechtigkeit und strengster Wahrhaftigkeit", welche die "Frauenbewegung" mit Vorliebe in höherer Tone predigt, zeigt in ihren eigenen Spalten ein höchst wunderliches Gesicht.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In verschiedenen Gegenden Sachsens hat die Unterzeichnete im Januar agitiert. In Wittgenhardsdorf, Mühlau, Hartmannsdorf, Burgstädt, Mühlhardsdorf, Limbach und Mucksdorf fanden Versammlungen statt, die vom Textilarbeiterverband (Bezirk Chemnitz) einberufen worden waren und sich vor allem an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Stoffhandschuhbranche richteten. Diese waren nämlich, gedrängt durch miserable Arbeitsbedingungen, in eine Bewegung für Verbesserung ihres Loses eingetreten, wie wir an anderer Stelle berichten. Die Tagesordnung lautete denn auch in den genannten Orten: "Warum stellen die in der Stoffhandschuhbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Lohnforderungen?" Sämtliche Versammlungen waren sehr gut besucht, einige waren sogar überfüllt. In Limbach zum Beispiel waren 1200 Personen erschienen, die zu den eingereichten Forderungen Stellung nahmen. In Mühlhardsdorf verließ die Versammlung der Auflösung, wie wir an anderer Stelle mitteilen; in Pleißen wurde sie in letzter Stunde durch die Verweigerung des Lokals vereitelt. Der Wittgenhardsdorfer Wortbruch schriftlich damit, daß bei Stattfinden der Versammlung die Behörde ihm den in Aussicht genommenen Mastenball nicht erlauben und ihn auch sonst schikanieren würde. Das Schicksal einer Versammlung, welche die Genossinnen von Oberschlema (Schneeberg) einberufen hatten, und das zweier anderen in Neuhäusen und Rechenberge für den Holzarbeiterverband sei später besonders verzeichnet, da es die Weisheit der sächsischen Behörden in helles Licht stellt. In Cosmannsdorf-Somsdorf sprach die Unterzeichnete in einer Versammlung des Ortsvereins über das Thema: "Die Frau als Lohnsklavine und Staatsbürgerin." Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Ausführungen der Referentin erregten das Gruseln einiger anwesenden Großbauern, die zwar Mitglieder des Ortsvereins sind, aber mit den Arbeitern nichts gemeinsam haben. Einer von ihnen meinte, der Vortrag habe 30 Lügen enthalten, der andere war erstaunt, daß die Überwachung der Rednerin nicht das Wort entzogen habe. Als die Herren die Möglichkeit gehabt hätten, in der Diskussion ihre Ansicht zu vertreten, zogen sie es nach der Art solcher Helden vor, zu verduften.

Für den Verband der Blumenarbeiter und Arbeiterinnen sprach die Unterzeichnete in Pirna in einer sehr gut besuchten Versammlung, deren Zweck aus der Tagesordnung erhellt: "Was gedenken wir zu tun bei den uns bedrohenden Lohnniedrigungen?" In Pirna und Umgegend hat sich die heimindustrielle Fabrikation von Blumen und Blättern ganz riesig entwickelt. Von der Stadt aus haben die Kapitalisten überall Ausgabestellen für Heimarbeit angelegt. Die Hungerlöhne der Blumen- und Blätterarbeiterinnen sind bekannt. Je mehr die Heimarbeit sich ausdehnt, um so tiefer sinken die Verdienste. Der Versammlung wohnte ein Fabrikant aus Mägeln-Dresden bei, welcher sich für seine "Erwerbsgenossen" mächtig ins Zeug legte. Er erdreiste sich, es als eine Schande zu bezeichnen, wenn heute ein Familienvater seiner Frau am Sonnabend nur 10 Mk. Wirtschaftsgeld gebe, aber er selbst zahlt seinen männlichen Arbeitern zum Teil noch unter 10 Mk. pro Woche. Er bestritt des weiteren, daß die Stücklöhne in der Blumenindustrie so niedrig seien, wie die Ausstellungen in Berlin es zeige. Seine Ausführungen erregten einen Sturm der Entrüstung, und insbesondere zwei Heimarbeiterinnen dienten ihm mit einem Material über die Arbeitsbedingungen, das er sicherlich nicht an den Spiegel steckt. Mit der Versammlung ist unter den Heimarbeiterinnen der Blumenindustrie in Pirna ein Schritt zur Organisierung getan worden. Hoffentlich zeigt die Zukunft, daß die Anwesenden, welche dem Organisationsgedanken begeistert zustimmten, auch halten, was sie versprochen haben. Die betriebene Agitation hat in allen Orten, die sie erfasste, neue Anknüpfungspunkte für die moderne Arbeiterbewegung geschaffen und Mitglieder für die gewerkschaftliche und politische Organisation gewonnen. Nun muß jeder einzelne auf seinem Platze rastlos weiterarbeiten im

Interesse der großen Sache, um welche die Kämpfe unserer Zeit tosen.

Marie Backwitz.

Unter den belustigendsten Umständen sprach die Unterzeichnete in einer Versammlung der Glasarbeiter und ihrer Frauen in Zwiesel. In diesem herrlich gelegenen Gebirgsort gab kein Gastwirt seinen Saal zu einer Versammlung her, in der obendrein noch kein Herr der Schöpfung, sondern "nur ein Weib" reden sollte. Ein besonders gutherziger Priester des Gambinus ließ sich schließlich so weit erweichen, daß er eine geräumige Regelbahn zur Verfügung stellte. Nun verlangte aber die Polizei zum Zwecke der Versammlungsüberwachung ein geheiztes Zimmer. Ihr Wunsch sollte erfüllt werden. Das Gastzimmer wurde für die Herren gründlich geheizt. Während die beängstigend überfüllte Versammlung in der Regelbahn tagte und nebenher im Garten die Personen lauschten, die keinen Eintritt mehr gesunden hatten, saßen vier Polizisten in der gut geheizten Gaststube, zwei Minuten von der Regelbahn entfernt, und überwachten die Versammlung. Wir möchten den Bericht sehen, den sie ihrer Behörde über das Referat eingeschickt haben! Den Proletariern und Proletarierinnen in Zwiesel wird die Versammlung lange im Gedächtnis bleiben und immer wieder ihre Nachmuskeln reizen. Der Gewerkschaft der Glasarbeiter wurden viele neue Mitglieder zugeführt. — Versammlungen zur gewerkschaftlichen Organisation der Schneiderinnen fanden in Coburg und Erfurt statt, von denen besonders die in Erfurt sehr gut besucht war. In derselben kam es zu einem heiteren Intermezzo mit Zwischenmeistern, welche über ihre Noilage klagten. Die Versammelten antworteten darauf mit schallendem Gelächter. Dem Deutschen Schneiderverband sind eine gute Anzahl weiblicher Mitglieder zugeführt worden.

In Nürnberg fanden Versammlungen der Textilarbeiterinnen, der Büglerinnen für Stärkwäsche und der Handlungsgeschäftlichen statt. Unter den letzteren hat zurzeit eine rege Agitation zum Zwecke der gewerkschaftlichen Organisierung eingesetzt. Unter den Büglerinnen soll demnächst ebenfalls eine energische Tätigkeit entfaltet werden, denn ihre Arbeitsbedingungen spotten jeder Beschreibung.

Helene Grünberg.

Für Ende Februar hatte in Neustadt-Magdeburg, Alt- und Neuhaldensleben, Budau, Annaburg, Wittenberg und Elsterwerda der betreffende Bezirk des Porzellanarbeiter-Verbandes öffentliche Agitationsversammlungen veranstaltet. Die Unterzeichnete sprach über das Thema: "Der Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen um Brot und Recht." Die Versammlungen waren durchweg gut besucht, manche überwiegend von Frauen. So waren zum Beispiel in Annaburg von den 250 Versammlungsteilnehmern 150 Frauen. Die Versammlung für Wittenberg fand in dem Vorort Al-Wittenberg statt. Sie war nicht nur von Porzellanern, sondern auch von Angehörigen anderer Berufe besucht. In Elsterwerda hatte das Vorgehen des Unternehmers der Steingutfabriken sehr gut für uns agitiert. Es hat sich nämlich angebahnt, die Mehrkosten der Rohprodukte, welche durch den Zolltarif bedingt sind, durch Kürzung der Arbeitslöhne wett zu machen. Den Zellermachern wurden statt bisher 70 Pf. jetzt 60 Pf. geboten, den Malern 3 Prozent in Abzug gebracht! Die Arbeiter, die nicht darauf eingehen wollten, wurden entlassen. Sozialdemokratische Ideen möchte der Herr Fabrikant mit Stumpf und Stiel ausrotten. Er will Sklaven als Arbeiter haben. Der Einberufer der Versammlung wurde vom "Herrn" zur Rechenschaft gezogen und entlassen, Gesetz und Recht nach dem Rezept Bülow mit Füßen getreten. So tragen unsere Gegner kräftig dazu bei, unsere Agitation erfolgreich zu machen.

O. B.

In Sachsen-Altenburg fanden zwei Versammlungen statt, welche sich besonders an die Frauen wendeten. Die Genossinnen in Lütka veranstalteten eine Volksversammlung, in der die Unterzeichnete über "Die Steuerpolitik und die Frauen" sprach. Die gut besuchte Versammlung, in der auch viele Frauen anwesend waren, verlief prächtig. Das Pflöcklein des Ortes versuchte in der Diskussion eine Beruhigungstaktik. Mit den Zöllen und Steuern sei es nicht so arg, wie die Referentin geschildert habe, meinte der Herr. Man solle auch an die vielen Wohltaten für die Arbeiter denken; anlässlich der Silberhochzeit des Kaiserpaars seien z. B. 8 1/2 Millionen für wohltätige Zwecke gestiftet worden. Es war ein leichtes, den Behauptungen des wenig unterrichteten Mannes entgegenzutreten. Dieser verlief jedoch die Versammlung, noch ehe die Referentin mit seiner Abfertigung zu Ende war. Im Fortgehen hatte er bemerkt, mit der Berlinerin würde er nicht fertig. In Neuselkowitz war die Versammlung mit dem Thema "Die Frau und der Klassenkampf" ebenfalls sehr gut besucht. Auch sie verlief ausgezeichnet und wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Aber das zuletzt genannte Thema referierte die Unterzeichnete noch in einer öffentlichen Schuhmacherverversammlung in Großsch in Sachsen. Leider war dieselbe infolge des seit nachmittags strömenden Regens nicht sehr gut besucht. Was in den Debatten über die Arbeitsbedingungen am Orte berichtet wurde, bestätigte wieder einmal, daß die Tendenz des Kapitalismus, wie Ferdinand Lassalle seinerzeit darlegte, noch immer die Lohn des Arbeiters an der Hungergrenze herumpendeln zu lassen. Auch die Arbeiter der Schuhindustrie werden heftige Kämpfe führen müssen, wenn sie die Löhne auf solche Höhe bringen wollen, daß die Belastung durch den neuen Zolltarif wett gemacht wird.

O. B.

In Dresden fand Ende Februar eine von den Genossinnen veranstaltete große Volksversammlung statt, die gut besucht war und sich mit der Frage beschäftigte: "Kinderarbeit und Kinderschuh". Referentin war Genossin Dunder, die gestützt auf vorzügliches Material einen Überblick über

die Entwicklung der Kinderarbeit in der kapitalistischen Wirtschaftsweise gab sowie über die langsame und schwache Entwicklung des gesetzlichen Kinderschutzes. Der mit reichem Beifall aufgenommene Vortrag, den wir demnächst im Auszug wiedergeben werden, regte eine lebhaft diskussion an, an der sich auch ein Volksschullehrer beteiligte. Es wurde eine neungliedrige Frauenkommission gewählt, die darüber wachen soll, daß die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes im Dresdener Bezirk durchgeführt werden.

Ein glücklicher Zufall fügte es, daß in Hferlohn eine Versammlung am Abend des Tages stattfand, an dem die Gewerbetagswahlen vor sich gegangen waren. Diese hatten einen vollen Sieg der freien Gewerkschaften gebracht, obgleich die beiden Gegenparteien sich redlich bemüht hatten, ihnen denselben streitig zu machen. So fand die Versammlung in dem günstigsten Zeichen statt und war von der besten Stimmung getragen. Lautlos lauschten die zahlreich erschienenen einem Referat der Genossin Zieg, das am Schlusse mit reichem Beifall gelohnt wurde. Die Anwesenheit vieler weiblicher Versammlungsbesucher bewies, daß die Hferlohner Frauen aus ihrem langen Schlafe zu erwachen beginnen. Es steht daher zu hoffen, daß es dem kleinen Kreise der Genossinnen gelingen wird, in nächster Zeit recht viele Proletarierinnen der Bewegung zuzuführen. Der „Gleichheit“ wurden 22 neue Leserinnen gewonnen. Mit der Verbreitung unserer Zeitschrift wächst die Zahl der Frauen, die in den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse treten.

Klementine Wernhagen, Vertrauensperson.

In Elrich a. Harz ist die proletarische Frauenbewegung seinerzeit durch eine Versammlung eingeleitet worden, in der Genossin Zieg unter stürmischem Beifall referierte und die „Gleichheit“ einführte. Die Leserinnen derselben kamen nun kürzlich in ansehnlicher Zahl zusammen. Die Vertrauenspersonen brachten aus Nr. 4 dieser Zeitschrift Artikel zur Verlesung, die dann zur Diskussion gestellt wurden. Nachdem einige Genossen ermunternde Worte an die Genossinnen gerichtet hatten, wurde der Markenverkauf geregelt. Die Genossinnen beschloßen, alle drei Wochen zusammenzukommen, um in guter Fühlung zu bleiben und sich immer besser für den Kampf zu schulen. Ein erfreuliches Anzeichen für die Ausbreitung der Bewegung unter den Frauen ist es, daß die Zahl der Abonnentinnen der „Gleichheit“ in kurzer Zeit von 45 auf 65 gestiegen ist. Hoffentlich wird das Interesse der Frauen an der Zeitung ein dauerndes bleiben und dazu führen, daß diese nicht bloß verbreitet, sondern auch von allen gründlich gelesen wird. Die „Gleichheit“ soll nicht nur der geistige Mittelpunkt sein, um den die Genossinnen sich scharen, sondern sie soll diese auch schulen für die politische wie gewerkschaftliche Bewegung, so daß sie den Männern als aufgeklärte und überzeugte Mitkämpferinnen zur Seite stehen.

Frau Apel.

In Schönlanke beginnt die proletarische Frauenbewegung festen Fuß zu fassen. Die „Gleichheit“ zählt hier 25 Leserinnen, die auch durch freiwillige Beiträge belunden, daß sie zur Sozialdemokratie gehören. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen finden ebenfalls bei den Proletarierinnen immer mehr Verständnis. Aber das sehen natürlich die Herren Unternehmer mit scheelen Augen. Frauen, die durch ihre Haltung beweisen, daß sie von den Idealen der modernen Arbeiterbewegung durchdrungen sind und sich bemühen, ihre Klassengenossinnen aufzuklären, müssen damit rechnen, von der Rache des Kapitals ereilt zu werden. Das alles ist anläßlich des Kampfes der Tabalarbeiterin von Schönlanke in helles Licht gerückt worden. Dieser Kampf, an dem über 100 Arbeiterinnen beteiligt waren, mußte leider abgebrochen werden. Die Fabrikanten planten nämlich, ihre Betriebe nach Orten zu verlegen, wo ihren Ausbeutungsgelüsten vorläufig noch keine Arbeiterorganisation hindernd im Wege steht. Es kam den Arbeitern und Arbeiterinnen hart an, in das alte Joch zurückzutreten und mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten. Diese Verhältnisse boten Anlaß zur Mäßregelung der Vertrauensperson der Genossinnen, einer Tabalarbeiterin. Nachdem diese eine Woche wieder gearbeitet hatte, wurde sie von ihrem Fabrikanten brutal aufs Pflaster gesetzt mit dem Bescheid, sie habe sich in den acht Tagen nicht so anständig betragen, wie er es verlange. Ihr Vergehen bestand darin, daß sie dem Verlangen des Herrn nicht stattgegeben hatte, mit den Streikbrechern kameradschaftlich zu verkehren und den Unternehmer selbst de- und wehmütig um Gnade anzusehen. Selbstverständlich wird die Mäßregelung ihren Zweck verfehlen, die Proletarierinnen einzuschüchtern. Die Gemapregelte selbst wird nun erst recht fleißig agitieren und Licht in die Köpfe zu tragen suchen, in denen es gegenwärtig noch dunkel ist. Der Ausgang des zwölfwöchigen Kampfes und sein Nachspiel hat den Schönlancker Arbeiterinnen recht klar gezeigt, daß zwischen Kapital und Arbeit eine Harmonie unmöglich ist, und daß sie zu klassenbewußten Kämpferinnen werden müssen. Wir hoffen daher, daß die Bewegung unter den proletarischen Frauen lebhaft weitergeht, und daß die Zahl der tätigen Genossinnen sich bald verdoppelt. Lernen wir und agitieren wir, auf daß unser Ziel bald erreicht werde. Vorwärts an die Arbeit! M. L.

In einer Volksversammlung zu Magdeburg, welche von der Unterzeichneten einberufen worden war, sprach kürzlich vor über 250 Zuhörern, meistens Frauen, Genosse Vorchardt-Königsberg über „Jugenderziehung und Sozialismus“. Leider war die große Masse der Genossen und Genossinnen dem Vortrag ferngeblieben. Das ist um so mehr zu bedauern, als die organisierte Arbeiterschaft jede Gelegenheit wahrnehmen mußte, sich mit Fragen zu beschäftigen, welche dazu beitragen, daß die sozialdemokratische Bewegung sich ihrer Ausdehnung entsprechend auch vertieft. Im Laufe seines vortrefflichen Referats legte Genosse Vorchardt in überzeugender Weise klar, wie die sozialistischen Eltern

ihre Kinder erziehen müssen, um willensstarke, tatkräftige Charaktere heranzubilden, und welche Anforderungen die Sozialdemokratie an den Staat zu stellen hat, damit dank einer planmäßigen Volkserziehung an Körper und Geist gesunde und freie Menschen heranwachsen. Die volle Berechtigung dieser Anforderungen bewies die an den Vortrag anschließende lebhaft diskussion. In derselben wurde unter anderem die ungemein verderbliche Erziehungsmethode der Waisenhäuser geschildert. Einige Genossen regten an, durch Massenaustritt aus der Landeskirche auf bessere Verhältnisse für die Entwicklung der proletarischen Jugend hinzuwirken. Leider bereitete die Polizeistunde um 11 Uhr der antreugenden Versammlung ein unerwünschtes Ende.

Marie Schmielewski.

Ende Februar fand in Thorn eine Zusammenkunft der Genossinnen statt, zu der auch eine größere Anzahl von Frauen organisierter Arbeiter eingeladen worden waren. Leider hatte es keine derselben für notwendig gehalten, zu erscheinen. An der Besprechung nahmen neun Frauen und Mädchen teil, mehrere Genossen und Genossin Nemitz-Bromberg. Letztere sprach trefflich über die Notwendigkeit, auch die Proletarierinnen politisch und wirtschaftlich aufzuklären und zu organisieren. Der Kampf des Proletariats für seine Befreiung bedarf auch der Mithilfe der Frauen. Trotz aller Mächtigkeiten und Verfolgungen der Gegner müßten die uns fernstehenden Proletarierinnen für unsere Sache gewonnen werden. Die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müßten das begreifen und die Bestrebungen der proletarischen Frauenbewegung fördern. Zuerst müßten sie sich bemühen, ihre eigenen Frauen und Töchter aufzuklären, sie zum Besuch der Versammlungen veranlassen und sie dahin zu bringen, daß sie sich am Kampfe für die Ideale des Sozialismus beteiligten. Die Ausführungen der Genossin Nemitz fanden allgemeine Zustimmung. Die Besprechung, bei der noch manche interne Frage erledigt wurde, schloß mit einem gemüthlichen Zusammensein, das die Genossinnen einander näher brachte und sehr anregend wirkte. In Thorn ist es bis jetzt gelungen, zwölf Leserinnen der „Gleichheit“ zu finden und neun Frauen der Partei zuzuführen. Das mag denen recht wenig scheinen, welche die hiesigen Verhältnisse nicht kennen. Wir aber, die wir mit den Schwierigkeiten vertraut sind, welche die Agitation sogar noch unter den Männern und erst recht unter den Frauen überwinden muß, begrüßen diesen bescheidenen Anfang mit Freuden. Wir hoffen, daß dank treuer Arbeit auch hier die proletarische Frauenbewegung sich entwickeln wird. Die Genossinnen ihrerseits werden es an eifriger Arbeit nicht fehlen lassen. Sie wollen alle zwei Wochen Sonntags Zusammenkünfte wie die stattgefundenen veranstalten, bei denen die Teilnehmerinnen durch Vorlesungen und kleinere Vorträge geschult werden sollen. Hoffentlich bleiben die Erfolge der Bemühungen nicht aus.

Therese Fieger.

Das Unternehmertum sorgt dafür, daß auch in Ostfriesland die Frauen über den Nutzen der Arbeiterorganisation aufgeklärt werden und ihre Männer im Kampfe unterstützen, statt sie zu hindern. Den Kapitalisten in Norden und Leer ist es ein Dorn im Auge, daß die Metallarbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. In beiden Orten kam es zu einem Kampfe, der von den Herren leichtfertig herausbeschworen wurde, und der in Wirklichkeit um das Koalitionsrecht der Arbeiter ging. Die Herren Unternehmer begnügten sich nicht damit, die Arbeiter durch schwarze Listen in Acht und Bann zu tun, sondern sie suchten die Frauen gegen ihre Männer aufzuheben. Kapitalistische Prefektur schilderten gar rührsam, daß die Organisation den Hunger ins Haus führe und mit ihm den Unfrieden. Der Mann werde dann bald ins Wirtshaus gehen, um die letzten Groschen zu vertrinken. Das bürgerliche Gefalsbader war um so empörender, als es eine Tatsache ist, daß in Leer mit der Ausbreitung der Gewerkschaftsorganisationen das Trinken in den Werkstätten so gut wie vollständig verschwunden ist. Die Arbeiter gaben dem blöden Geschimpfe die beste Antwort. Sie veranstalteten eine Versammlung für ihre Frauen, in der die Unterzeichnete über den Nutzen der Organisation für die Frau und die Familie des Arbeiters sprach. Die 250 erschienenen Frauen, die noch nie eine Versammlung besucht hatten, lauschten aufmerksam den Ausführungen und gelobten, jetzt und in Zukunft ihren Männern im Kampfe tapfer zur Seite zu stehen. Am Schlusse der Versammlung trat eine jede an die Referentin heran, um ihr mit einem Handdruck für den Vortrag zu danken. Mit dieser Versammlung ist in Leer der Anfang gemacht worden, die Arbeiterfrauen für die moderne Arbeiterbewegung zu gewinnen. Es heißt nun, weiterzuarbeiten, damit das ausgestreute Saat Korn üppig in die Palme schießt und reiche Früchte trägt. In Norden gab der Kampf der Metallarbeiter Veranlassung zu einer Volksversammlung, die von 500 bis 600 Personen besucht war, darunter zwei Drittel Frauen. Die Referentin behandelte das gleiche Thema wie in Leer. Scharf geißelte sie den Prohenstandpunkt der Unternehmer, die weder mit den Vertretern der Organisation, noch mit gewählten Vertretern der Arbeiter verhandeln wollen, sondern nur mit den einzelnen Arbeitern, weil sie meinen, sie auf diese Weise kirre und zu Verrätern an ihren Kameraden zu machen. Die Metallarbeiter von Leer und Norden sind entschlossen, im Kampfe um ihr Recht anzuhalten, und sie werden in demselben von nun an in ihren Frauen treue Kampfgefährten haben. Was diese über das Wesen der Organisation gelernt haben, das werden sie beherzigen. An dem Vorgehen der Unternehmer hat sich aber wieder einmal das Wort bewahrheitet von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Verta Gotthufen.

Von den Organisations. Der Frauen- und Mädchenbildungsverein von Trier, welcher am 1. Januar letzten

Jahres mit 30 Mitgliedern gegründet wurde, zählt heute deren bereits 52. Etwa zwei Drittel von ihnen sind verheiratete Frauen. Die Organisation wäre sicherlich bereits schon weiter emporgeblüht, wenn nicht die Agitation unter den Frauen wie die Arbeiterbewegung überhaupt durch den Mangel eines Versammlungslokals bisher gehindert worden wäre. Sobald die organisierte Arbeiterschaft in dem Saalneubau ein Heim haben wird, sind raschere Fortschritte zu erhoffen. Der Frauenbildungsverein hat seit seiner Gründung bis 1. Februar acht Mitgliederversammlungen abgehalten, welche insgesamt gut besucht waren. In zwei von ihnen wurden Vorträge gehalten. In der einen davon hielt Genossin Zieg ein Referat, in einer anderen sprach Reichstagsabgeordneter Meiß. Die „Gleichheit“ wird ungefähr in 30 bis 35 Exemplaren gelesen. Zur Aufklärung der Frauen wurden die Broschüren verbreitet: „Das Schullind“, „Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?“ und andere mehr. Der Verein vereinnahmte 41,80 Mk. und veräußerte 20,60 Mk., so daß ein Kassenbestand von 21,20 Mk. verblieb. Der Vorstand besteht aus den Genossinnen Frau Schmidt, Vorsitzende, Fräulein Bläß, Kassiererin, und Fräulein Gutgesell, Schriftführerin. Die organisierten Frauen werden sich in treuer Arbeit bemühen, in dem begonnenen Jahre Wissen und Schulung unter ihre Schwestern zu tragen und dem Befreiungskampfe des Proletariats recht viele tüchtige Streiterinnen zuzuführen.

Käthchen Schmidt.

Jahresbericht der Kreisvertrauensperson des sechsten sächsischen Wahlkreises Dresden Land. Ein Rückblick auf meine dreijährige Tätigkeit zeigt, mit welchem Fleiß die Genossinnen und Genossen unter den Proletarierinnen agitiert haben. Ist auch erst ein kleiner Teil von der großen Masse derselben politisch organisiert, so legen doch die gut besuchten, ja oft überfüllten Frauenversammlungen ein bereites Zeugnis davon ab, daß die Genossinnen tüchtige Wählerbeit zur Aufklärung ihrer Schwestern geleistet haben. Das vergangene Jahr war kein Wahljahr, aber trotzdem ein Jahr heißen Ringens und Kämpfens. Die Entertien dieser „göttlichen Weltordnung“ kämpften besonders auf wirtschaftlichem Gebiet um mehr Brot und Recht. Viele unserer Genossinnen, sehr viele Proletarierinnen waren als Arbeiterinnen unmittelbar an den Kämpfen beteiligt, andere von ihnen mittelbar, als Gattinnen, Mütter, Töchter und Schwestern von Arbeitern. Von hervorragender Bedeutung war der Kampf der Zigarettenarbeiterinnen. Im sechsten Wahlkreis haben Tausende von Fabrik- und Heimarbeiterinnen ihren Wohnsitz. In Massen zogen die Arbeitswilligen morgens und mittags zur Arbeitsstätte oder Ablieferung, die Heimarbeiterinnen sogar des Nachts. Unter polizeilicher Bedeckung holten die Unternehmer die Streikbrecher von den Bahnhöfen ab und brachten sie nach den Fabriken. Um die Irreführten über die Lage, ihre Interessen und Pflichten aufzuklären, wurden dreizehn öffentliche Protest- und Volksversammlungen einberufen. In elf derselben referierte die Unterzeichnete selbst, in den beiden anderen sprachen die Tabalarbeiter Genossen Fiegler und Mäße und Genossin Behnert. Die Versammlungen hatten einen dermaßen starken Besuch, daß die meisten Säle abgesperrt werden mußten. Zu ihrem Erfolg haben die Genossinnen sehr viel beigetragen. Tagaus tagein waren sie tätig, um auch die Heimarbeiterinnen für den Kampf zu gewinnen, und freudig und ausopfernd erfüllten sie ihre Pflicht. Überhaupt haben die Genossen im letzten Jahre im gewerkschaftlichen Leben ihre Schuldigkeit getan. Wo man ihrer zu Fabrikbesprechungen, zur Kleinarbeit irgendeiner Art bedarf, sind sie auf dem Posten, trotz der harten Arbeitsfront, in welcher die meisten von ihnen den Tag über stehen.

Zum Zwecke der politischen Aufklärung und Schulung der Frauen fanden im Kreise zwölf öffentliche Volksversammlungen statt. In acht derselben referierte die Unterzeichnete in je zwei die Genossinnen Käbler-Dresden und Wehmann-Leipzig. In Löbtau, wo die Zahl der organisierten Genossinnen auf 150 gestiegen ist, war es nicht mehr möglich, im Rahmen von Besprechungen dem Bildungsbedarf der Genossinnen gerecht zu werden. Es wurden daher dort möglichst alle vier Wochen Frauenversammlungen abgehalten, in welchen außer mir Genossin Käbler und Genosse Niem-Dresden sprachen. Um mit den Genossinnen anderer Orte bessere Fühlung zu bekommen, veranstalteten wir im Sommer einige Wanderabende, außerdem Besprechungen. In Potschappel fanden deren 14 statt, in Löbtau 18, in Gotta 5, in Naußitz 4, in Leutewitz 1, in Schmiedeberg 3. Sie wurden geleitet von den Genossinnen Behnert, Roack, Binner, Albrecht und mir.

In Schmiedeberg finden ständige Zusammenkünfte der Genossinnen statt, welche Genossin Albrecht leitet; nur an außerordentlichen Besprechungen nehme ich als Kreisvertrauensperson teil. Die Genossinnen des Kreises erörtern in ihren Zusammenkünften die Schulfrage, die Frage der Kindererziehung, die Prostitution und die Reglementierung derselben, proletarische und bürgerliche Frauenbewegung, die Aufgaben der Vertrauensperson, der Parteitag und seine Wichtigkeit für die Genossinnen. Die Genossinnen Träger, Roack und Behnert trugen Gedichte von Dr. F. Diederich und Otto Krille vor; ein Rezitationsabend war der Sammlung des letzteren gewidmet: „Aus engen Gassen.“ An zwei weiteren öffentlichen Rezitationsabenden gelangten die Dramen „Flachsmann als Erzieher“ von Otto Ernst und „Die Ehre“ von Sudermann zum Vortrag. In neuerer Zeit ist der Vertrieb der „Gleichheit“ unter die Regie der leitenden Genossen der einzelnen Orte gestellt worden. Es war dies notwendig, weil der Kreis sehr ausgedehnt ist, die Zahl der weiblichen Mitglieder beständig zunimmt und die Agitation mich oft nach auswärts ruft.

Das Austragen der „Gleichheit“ besorgen die Genossinnen jedoch zum großen Teil noch selbst, ebenso das Kassieren der Beiträge in bestimmten, ihnen zugewiesenen Bezirken, und zwar nicht bloß das Kassieren der Beiträge von Frauen, sondern der Parteimitglieder überhaupt. Zugleich mit dieser Neuerung werden in einzelnen Orten wie Löbtau, Cotta, Naußlig, Pottschappel und Schmiedeberg Genossinnen aufgestellt, welche die örtliche Kleinarbeit zur Förderung der proletarischen Frauenbewegung zu leisten haben. Sie leiten die Besprechungen, halten kleine Vorträge oder bringen gute Lektüre zur Vorlesung, bereiten Versammlungen vor und berufen sie ein usw., das alles jedoch nur im Einverständnis mit der Kreisvertrauensperson und der Vereinsleitung am Orte. Die genaue Zahl der organisierten weiblichen Parteimitglieder läßt sich jetzt nicht feststellen, erst die in nächster Zeit stattfindende Generalversammlung wird in dieser Hinsicht bestimmte Feststellungen ergeben. Mit ziemlicher Gewißheit kann man aber annehmen, daß in unserem Wahlkreis 600 Genossinnen politisch organisiert sind. Das sind allerdings nur wenige von dem großen Heere der Frauen und Mädchen, die in den Ketten des Kapitalismus schmachten. Aber die wenigen sind Vorkämpferinnen, Verkünderinnen der frohen Botschaft des Sozialismus, wo immer die Gelegenheit sich bietet, für diesen zu werben. Eine jede von ihnen ist nach Kräften als Agitatorin im kleinen Kreise tätig. Alle unsere überzeugten Genossinnen haben den festen Willen, alles daran zu setzen, daß dem Sozialismus immer neue Kämpferinnen und Kämpfer erstehen. Sie werden es an Fleiß im Dienste ihres Ideals nicht fehlen lassen, kein Ungemach, kein Opfer, aber auch keine bittere Erfahrung scheuen. Mit den Genossen fest in der einen Erkenntnis, im Streben nach dem einen Ziele verbunden, werden sie treulich auf Posten stehen und kämpfen. Im „roten Sachsenlande“, einem Hauptstich ausgebeuteter und geknechteter Frauenarbeit, muß die proletarische Frauenbewegung zu einem unentbehrlichen Gliede des allgemeinen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse werden. Marie Wackwitz.

Jahresbericht der Vertrauensperson für Cracau und Preßler. In Cracau und Preßler haben die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die meisten Frauen sind noch dem öffentlichen Leben gegenüber von großer Interesslosigkeit und sehen nicht die Notwendigkeit ein, sich auch ihrerseits aufzuklären und zum Kampfe für bessere Verhältnisse zusammenzuscharen. Auch unter den Arbeitern fehlt es noch vielfach an der Erkenntnis, wie dringlich es ist, daß die Frauen für den proletarischen Befreiungskampf gewonnen werden, und daß sie deshalb nur ihr eigenes Interesse wahrnehmen, wenn sie unsere junge Frauenbewegung unterstützen. Die Unterzeichnete hat sich angelegenlich bemüht, die „Gleichheit“ zu verbreiten. Die erzielten Erfolge sollten jedoch weit bessere sein. Beim Werben um neue Leserinnen heißt es vielfach, daß die „Gleichheit“ nicht gelesen zu werden brauche, weil schon die „Vollstimme“ gehalten werde. Diese Meinung ist nicht stichhaltig. Ebenso wenig wie unser Frauenblatt ein Parteiblatt verdrängen darf, sollte das Halten der „Gleichheit“ verabsäumt werden, weil schon das Lokalblatt der Partei gelesen wird. Die „Gleichheit“ ist das Organ, welches die sozialdemokratische Partei zu dem Zwecke herausgibt, die proletarischen Frauen und Mädchen zu bilden und zum Kampfe für ihre Interessen und Rechte zu rufen. Sie sollte deshalb neben dem lokalen Parteiblatt in jeder Arbeiterfamilie gelesen werden, in der das Recht der Frau auf Wissen und die Notwendigkeit ihrer Beteiligung am Kampfe der Arbeiterklasse anerkannt wird. Zum Zwecke der Agitation gelangten zur Verbreitung „Die Schulfrage“ in 55 Exemplaren und der „Warnungsruf“ in 35 Exemplaren. Mit dem Ergebnis einer Agitationsversammlung, die im letzten Dezember stattfand, dürfen wir zufrieden sein. Genossin Jeehe-Nizdorf hielt einen Vortrag über das Thema: „Der Kampf der Frau um Brot und Recht“. Der am Orte bestehende Bildungsverein für Frauen und Mädchen hat sich leider bis jetzt nicht in der gehofften Weise entwickelt. Trotz redlicher Mühe seitens des Vorstandes ist die Zahl seiner Mitglieder von 85 auf 53 zurückgegangen. Viele der fahnenflüchtig gewordenen Mitglieder sind Frauen überzeugter Genossen. Der Zweck und Wert des Bildungsvereins wird bedauerlicherweise noch von zu wenigen erkannt. Wenn die tätigen Genossinnen für ihn agitieren, hören sie recht oft den Einwand: „Welche Vorteile bietet denn diese Organisation? Wo sind die Unterstützungen, die sie zahlt?“ Die so reden, vergessen, daß die Aufklärung, welche der Verein seinen Mitgliedern bietet, ein ganz wesentlicher Vorteil ist. Hoffen wir, daß es der zähen Arbeit eines kleinen Stammes überzeugter tätiger Genossinnen gelingt, die angeführten und andere irtümliche Ansichten zu überwinden, welche der Ausbreitung unserer Bewegung entgegenstehen. Viele Tropfen höhlen bekanntlich den Stein. Die Hindernisse, auf die wir stoßen, sollen uns nicht nutzlos machen, sondern uns anreizen, immer eifriger für unsere Ziele tätig zu sein. Dorothee Scharfschuh.

Die in Warschau erfolgte Verhaftung von Rosa Luxemburg, welche der „Vormwärts“ meldet, wird nicht bloß von den revolutionären Kämpfern in Rußland tief empfunden werden, sondern auch von dem klassenbewußten Proletariat Deutschlands. Denn auch für seine Befreiung hat unsere tapfere Genossin selbstlos ihre ganze Kraft eingesetzt, von der Überzeugung durchdrungen: wo ich für die Ideale des internationalen Sozialismus wirken, den Todseind des Proletariats, die kapitalistische Gesellschaftsordnung bekämpfen kann, da ist mein Vaterland. Genossin Luxemburg hielt sich seit mehreren Monaten in Rußisch-Polen auf. Sie ging gerade in der Zeit dorthin, wo die Situation sich für die Freiheitskämpfer besonders gefahrenreich gestaltete. Eine bestimmte Anklage ist noch nicht gegen sie erhoben. Geradezu

schauerhaft sind die Zustände im Gefängnis, in welchem sich Genossin Luxemburg befindet. Sie teilt ihre Zelle mit 16 Personen, Männern und Frauen. Zeitweilig sind in der nämlichen Zelle bis zu 60 Personen zusammengepfercht worden. Möchte sie, wie vor kurzer Zeit unser Genosse Deutsch, recht bald den zarischen Schergen entrisen werden.

Politische Rundschau.

In Frankreich ist das Ministerium Rouvier gestürzt durch ein Zusammenwirken der Parteien der Rechten und der äußersten Linken. Es mußte so kommen über kurz oder lang, weil die schwankende Politik des Kabinetts nicht dazu angetan war, eine feste Mehrheit im Parlament auf seine Seite zu bringen. Vor allem erweckte das Verhalten Rouviers in den Reihen der Sozialisten starkes Mißtrauen. Er stand an Arbeiterfeindlichkeit nicht zurück hinter den reaktionärsten Ministerien der republikanischen Ära. So verlor die sozialistische Partei alles Interesse an der Aufrechterhaltung des Ministeriums. Die Rechte dagegen war erbittert über die Durchführung des Gesetzes zur Trennung von Kirche und Staat. Dieses Gesetz, so trefflich seine Tendenz ist, so wertvoll viele seiner Einzelbestimmungen, hat doch den einen großen Mangel, daß seine Durchführung zu polizeilichen Eingriffen nötig, die notwendigerweise verbitternd auf die religiös empfindende Bevölkerung wirken müssen. Das Gesetz will zum Beispiel die kirchlichen Gerichte aller Art den Religionsgemeinschaften ungehindert und ungeschmälert zur Verfügung überlassen wie bisher. Da aber das bisherige Kirchenvermögen im Prinzip Eigentum des Staates werden soll, verlangt das Gesetz dessen Inventarisierung, die von den staatlichen Organen, also mit der Hilfe von Polizeibeamten vorzunehmen war. Das machte sich die Geistlichkeit und ihr Anhang in gewandter Weise zunutze. Die polizeiliche Inventarisierung wurde als ein Sakrileg, als eine Verletzung der religiösen Empfindungen ausgelegt. In einer großen Anzahl Kirchen wurde von den Klerikalen ein Widerstand gegen die „Kirchenschänder“ organisiert, der sich bis zu Prügeleien und als die Erbitterung von Tag zu Tag stieg, sogar bis zum Blutvergießen steigerte, da an einigen Orten der Widerstand der Kirchenstreiter nur durch Militär zu überwältigen war. Das brachte die Mehrheit der Kammer dazu, schließlich eine vorläufige Stillierung der Inventarisierung zu fordern. Als es wider den Willen des Kabinetts zu diesem Beschluß kam, legten Rouvier und seine Kollegen ihre Ämter nieder.

Das Votum der Kammer spricht natürlich nicht deren Entschluß aus, auf die Trennung von Kirche und Staat überhaupt zu verzichten. Es muß nur ein Ausweg gefunden werden, um die unglückliche und überflüssige Inventarisierung zu vermeiden. Es ist kaum ein schwererer politischer Fehler in einem demokratischen Staatswesen denkbar, als die Verwendung der Polizeimacht zu Eingriffen, die einen verzerrenden Charakter tragen, weil dadurch das Staatswesen selbst als ein freiheitsfeindliches in Mißkredit gebracht wird. Die ganze Inventarisierung hätte sich vermeiden lassen. Nicht einmal eine nominelle Besitzergreifung wäre notwendig gewesen, da man ja praktisch doch die Religionsgemeinschaften im Gebrauch der Kirchengüter belassen wollte. Die Immobilien aber hätte man einfach durch schriftliche Erklärung in den Besitz des Staates bringen können, ohne daß irgend eine tatsächliche Okkupation durch Polizeibeamte nötig gewesen wäre, denn die Aneignung der Kirchengebäude sollte ja so wie so den Kirchengemeinden ungeschmälert verbleiben. Daß in Frankreich die demokratischen Parteien, sogar die Sozialisten, diesen Fehler mit der Verpflichtung zu amtlicher Inventuraufnahme in das Gesetz hineingebracht haben, erklärt sich nur dadurch, daß im französischen Volke die bürokratische Regierungsmethode so tief eingewurzelt ist, daß alle Parteien, sobald sie zur Macht gelangen, anstatt auch wirkliche demokratische Selbstverwaltung durchzuführen, nur danach trachten, sich des bürokratischen Regierungsapparates nach Möglichkeit zu ihren politischen Parteizwecken dienstbar zu machen. Gelegentlich dieser Kircheninventarisierung traten einmal die gefährlichen Folgen dieser freiheitsfeindlichen, undemokratischen Tendenz recht klar zutage. Vielleicht führt diese Erfahrung zu einer gründlichen Abkehr von bürokratisch-polizeilichen Regierungsmethoden, wenigstens bei den Sozialisten Frankreichs.

Das neue Ministerium Sarrien ist beim Schreiben dieser Zeilen noch nicht endgültig konstituiert. Doch ist es jedenfalls aus entschiedener demokratischer Elementen zusammengesetzt als das Ministerium Rouvier. Auch ein Sozialist, Briand, hat sich als ein zweiter Millerand zum Eintritt in das Kabinett bewegen lassen. Es zeugt von dem Fortschritt zur prinzipiellen Klarheit, den unsere französische Bruderpartei in den letzten Jahren gemacht hat, daß ihm sofort, den Beschlüssen internationaler und französischer Parteikongresse gemäß, der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde. Eine sozialistische Partei muß sich freie Hand vorbehalten gegenüber jedem bürgerlichen Kabinett. Sollte das Ministerium soziale und demokratische Reformen in Angriff nehmen, so wird es natürlich für solche Aktionen stets der Unterstützung der Sozialisten sicher sein.

Ein furchtbares Bergwerksunglück stellt das Ministerium sofort vor große Aufgaben. In einem Kohlenbergwerk zu Courrières in Nordfrankreich, unweit Lille, ist es zu einer Grubenexplosion gekommen, die mehr als 1000, nach den neuesten Nachrichten sogar etwa 2000 Bergleuten den Tod gebracht hat. Erschütterter stehen wir vor dem größten Grubenunglück, das die Geschichte kennt. Und es ist auch diesmal nicht etwa ein unabwendbares Naturereignis, dem diese blühenden Menschenleben zum Opfer fielen. O

nein! Verworfenste Raffgier hat die tobbringenden Schwaben entfacht, deren giftiger Hauch, deren verzehrende Glut sie unter schrecklichen Qualen vernichtet hat.

Drei Tage lang schon hatte der eine Schacht des Bergwerks in Flammen gestanden, drei Tage lang hatte trotzdem Unternehmerhabgier die Arbeiter immer wieder und wieder in die Grube gekehrt, damit nur ja nicht eine Stunde lang der Abbau der Kohlen unterblieb und der Profit ein wenig gekürzt würde. Da schlägt die Flamme durch in die befahrenen Schächte. Explosion auf Explosion folgt in der kohlenstaubgeschwängerten Luft. Wenigen Hunderten gelingt die Rettung im letzten Augenblick, aber die überwiegende Mehrzahl muß ersticken oder verbrennen, weil obendrein noch nicht einmal für die Ausfahrt alle Beförderungsmittel bereit sind, die sonst im Grubenbetrieb gang und gäbe sind. Die Gruben haben kein Leiterwerk und die Fahrstühle sind durch die Explosionen zertrümmert. Der Todeschrei der Opfer des Kapitalismus in den Gruben von Courrières ist nicht hinausgedrungen bis ans Tageslicht. Und doch ist er vernommen worden von allen ihren Leidens- und Kampfgenossen. Als eine gellende Mahnung, dem grauenhaften, menschenvernichtenden kapitalistischen Ausbeutungssystem ist er verstanden worden überall, wo Massenbewußte Proletarier gegen Ausbeutung und Unterdrückung für Freiheit und Menschenwürde den Weltkampf aufgenommen haben. Auch in Deutschland haben wir die Mahnung vernommen. Sie kann nur den Grimm verstärken, der die deutsche Sozialdemokratie gegen die kapitalistische Mißwirtschaft befeuert. Ist doch auch bei uns die Katastrophe in der Grube Borussia bis heute noch ungefühlt geblieben. Aber je mehr Opfer ungefühlt bleiben, um so eher wird der Tag der Abrechnung kommen. G. L.

Genossenschaftliche Rundschau.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat im Jahre 1905 einen Umsatz von 38 780 200 Mark erzielt; gegen 1904 (mit 38 929 400 Mark) ein Mehr von 4850 800 = 14,3 Prozent. Da infolge Differenzen mit der Spirituszentrale der Umsatz in Spiritus wegsiel, der rund 1 1/2 Millionen Mark betragen hatte, so stellt sich der Mehrumsatz in den übrigen Waren auf rund 6 1/2 Millionen Mark oder fast 20 Prozent. Bei der Bedeutung des organisierten Großeinkaufs, der die Genossenschaftsbewegung auch vom Großenkapital unabhängig machen und jedem Konsumenten die Vorteile des allergrößten Betriebs bieten soll, ist eine noch weit raschere Entwicklung der Zentrale zu wünschen. Sie herbeizuführen liegt in der Hand der einzelnen Vereinsverwaltungen und in letzter Instanz der Mitgliederfrauen. Die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft, die bisher nur in Kaffeebörsterei bestanden hat, kann nun bald in größerem Umfange verwirklicht werden, nachdem der Einspruch der „mittelstandsfremdlichen“ Stadtbehörden von Aken gegen die Errichtung der geplanten großen Seifenfabrik auch in letzter Instanz (vom preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe) zurückgewiesen worden ist. Auch die Errichtung eines eigenen Verwaltungsgebäudes neben dem großen Lagerhause in Hamburg ist beabsichtigt. Es soll auch die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nebst der zu schaffenden eigenen Druckerei aufnehmen.

Die Tabakarbeitergenossenschaft in Hamburg (Zentrale in Frankenberg i. Sachsen) hat in ihrem Geschäftsjahr 1905 eine kräftige Entwicklung zu verzeichnen. Die Zahl der abgesetzten Zigarren stieg von 12895 Tausend (= 1000) auf 13593, wovon 58,4 Prozent (im Vorjahre 56,4 Prozent) an Konsumvereine geliefert wurden. Von dem Überschuss wurde wieder den Käufern eine Rückvergütung von 4 Prozent des Kaufpreises gewährt (davon rund 18500 Mark an Konsumvereine), den 248 über 6 Monate beschäftigten Arbeitern ein Lohnzuschlag von gleichfalls 4 Prozent (7800 Mark, im Durchschnitt 31). Von dem verbleibenden Reingewinn von 23000 Mark wurde ein Baufonds mit 10000 Mark gebildet, dem Anteilkonto (gestiegen von 28200 auf 43600 Mark, größtenteils in Händen der Großeinkaufsgesellschaft) eine Kapitaldividende von 6 Prozent zugewiesen, und der eigene Betriebsfonds (gebildet durch Verzicht der Mitglieder auf Dividende in den ersten zehn Jahren) durch Zuweisung von 10800 Mark auf 127900 Mark gebracht. Die Genossenschaft, die keine Hausindustriellen beschäftigt und durchschnittlich einen um ein Drittel höheren Lohn bezahlt, ist ein Zeugnis dessen, was idealer Genossenschaftsgeist im Bunde mit nüchternem Geschäftssinn zu leisten vermag. Sie durch Kundenschaft unterstützen, bedeutet gleichzeitig das Schwächsystem einschränken und die Macht der Arbeiterorganisation stärken.

Die Dessauer Arbeiterdruckerei kann von ihrem ersten Betriebsjahre Günstiges berichten. Der Umsatz betrug rund 50900 Mark, wovon auf das „Vollblatt für Anhalt“ 40200 Mark entfielen. Durch den genossenschaftlichen Betrieb konnte das Parteiorgan um 22 Prozent billiger hergestellt werden. Außerdem wurde eine vierprozentige Dividende verteilt und dem eigenen Fonds 1000 Mark zugewiesen. Die Zahl der Mitglieder stieg auf 1080 mit einem Guthaben von 50250 Mark.

An der Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit in Berlin war der dortige Verein für soziales Genossenschaftswesen mit einer Sammlung von Abbildungen aus den Bekleidungs- und Wäschefabriken der englischen Großeinkaufsgesellschaft beteiligt, deren musterhaft eingerichtete, helle, luftige und geräumige Arbeitsstätten einen grollen Gegensatz zu dem sonst zur Schau gestellten Heimarbeitersend darstellten. Diese Fabriken, die mehrere tausend Arbeiterinnen beschäftigen (die Broughtonwerke bei Manchester allein über 1200), gewähren achtstündige Arbeitszeit

und mindestens die Gewerkschaftslehre und sind doch dank ihrem organisierten Abfah und der Anwendung der vollkommensten Technik neben der Privatkonkurrenz durchaus existenzfähig und in steter Ausdehnung begriffen.

In dem mit der Ausstellung verbundenen Vortragszyklus sprach der Unterzeichnete über Hausindustrie und Genossenschaftswesen und konnte dabei an einer größeren Anzahl deutscher und namentlich an den englischen Genossenschaftswerkstätten den Nachweis erbringen, daß die genossenschaftliche Organisation neben Gesetzgebung und Gewerkschaft ein nicht zu unterschätzender Bundesgenosse ist im Kampfe gegen den Jammer des Schwitzsystems. Der Vortrag ist im Druck erschienen als Nummer 1 der im Verlage des Berliner „Genossenschafts-Pioniers“ erscheinenden „Genossenschaftlichen Agitationsbibliothek“. Nummer 2 wird einen Vortrag des Genossen Max Hoppe über den Kampf gegen die Verschärfung der Lebensmittel bringen.

Daß auf diesem Gebiet eine Hauptaufgabe der Konsumvereine liegt, ist klar. So zeigten auch die vom Konsumverein Pulsnik und von dem Berliner Konsumverein jüngst veranstalteten Warenausstellungen wieder die bessere Qualität der Genossenschaftsware, die daneben in Pulsnik, mit Einrechnung der Rückvergütung, sich um nicht weniger als 14 Prozent billiger stellte als die Krämerware. Sehr begreiflich — fehlt doch hier jedes Profit- und Fälschungsinteresse, wozu noch die Vorteile des Umlaufes im großen und des Einkaufs auf größter Stufenleiter treten.

Der Verband der Lagerhalter schreitet, entsprechend der Ausdehnung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation, kräftig voran. Ende 1905 zählte er 1513 (im Vorjahr 1346) Mitglieder. 29 Differenzen zwischen den Lagerhaltern und ihren Vereinen waren zu erledigen, von denen 8 zu gerichtlichen Verhandlungen kamen, 7 von Schiedsgerichten geschlichtet wurden.

Entsprechend dem Fortschritt des Konsumgenossenschaftswesens entwickelte sich auch die Genossenschaftspresse. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, das Organ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, das hauptsächlich von den Vereinsverwaltungen gelesen wird, hat seine Auflage auf 6800 (im Vorjahr 6400) gesteigert, während das zum Massenvertrieb bestimmte „Frauen-Genossenschaftsblatt“ von 148000 auf 156000 Exemplare stieg. Daneben erscheint ein „Württembergisches Genossenschaftsblatt“ in etwa 22000 Exemplaren und der „Berliner Genossenschafts-Pionier“, der bereits seit 1896 besteht (begründet von dem genossenschaftlichen Denker und Menschenfreund Landgerichtsrat Krede), in einer Auflage von 4400, ferner lokale Organe in Hamburg und Mannheim. Verhältnismäßig wesentlich stärker ist das genossenschaftliche Pressewesen in der Schweiz ausgebildet. Neben dem zweisprachigen Warenbericht, den die Zentralstelle des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine — der gemeinsame Großeinkauf ist dort unmittelbare Verbandsangelegenheit — ebenso wie die deutsche Großeinkaufsgesellschaft herausgibt, erscheint als wissenschaftliches Organ der „Schweizer Konsumverein“ (3000 Exemplare) in deutscher Sprache, daneben die literarische Beilage „Genossenschafts-Archiv“, ferner das „Genossenschaftliche Volksblatt“ in 65000, eine französische Ausgabe „La Coopération“ in 7000 und neuerdings auch ein italienisches Propagandablatt: zusammen 6 Blätter in drei Sprachen und etwa 77000 Exemplaren; ein rühmliches Zeugnis für den propagandistischen Eifer und das theoretische Streben der schweizerischen Bewegung. — Daß es auch in Österreich vorwärts geht, beweist die bevorstehende Herausgabe einer tschechischen Ausgabe des dortigen Verbandsorgans „Der Konsumverein“ und einer tschechischen Übersetzung der Schrift: „Was bietet der Konsumverein der Arbeiterfrau?“ von Gertrud David.

Ein Projekt allergrößten Stils betreibt die schottische Großeinkaufsgesellschaft, in bezug auf genossenschaftliche Durchdringung eines geschlossenen Gebiets die erste der Welt. Sie plant die Erwerbung von 100000 Acres = 40500 Hektar oder 7 1/2 Quadratmeilen Weizenboden in Kanada, um sich so von Anfang an von der Vormundschaft des privaten Handels und der Bodenrente frei zu machen. Die Großmühlen der Großeinkaufsgesellschaft und die genossenschaftlichen Großbäckereien ihres Gebiets (allein die in Glasgow beschäftigt über 1000 Bäcker) sorgen dann weiter für Befreiung der Konsumenten vom Tribut an die kapitalistische Ausbeutung. Die Großeinkaufsgesellschaft bebaut bekanntlich auch zugleich mit der englischen eine große Teeplantage in Ceylon.

Der verstorbene Genossenschaftsveteran Holyoake ist mit großen Ehren und starker Beteiligung begraben worden. Auch die Regierung war vertreten. Seinem Andenken widmet Dr. Karl Munding in den letzten Nummern der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ eine eingehende Abhandlung, die neben seinen psychologischen Bemerkungen auch wertvolles wirtschaftsgeschichtliches Material bietet.

Simon Kayenstein.

Notizenteil.

Soziale Gesetzgebung.

Einen Gesetzentwurf zum Schutze der Heimarbeiter hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eingebracht. Er formuliert die notwendigsten Reformforderungen, die so bescheiden sind, daß sie sofort durchgeführt werden können. Der Gesetzentwurf gibt zunächst eine Begriffsbestimmung über die Personen, welche dem Schutze des Gesetzes teilhaftig werden sollen, und teilt sie in Heimarbeiter, Hausarbeiter und Hausgewerbetreibende ein. Selbstverständlich sind auch die Familienangehörigen der Heimarbeitenden in den Schutz einbezogen. Der Antrag enthält Bestimmungen

über Beschaffenheit der Arbeitsräume, Anzeigepflicht für die Räume, Listen, Lohnbuch, Verbot der Herstellung bestimmter Heimarbeit, Ruhezeit, Kinder, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Verbot des Mitgebens von Arbeit, Regiarbeit des Reichs, der Einzelstaaten und Gemeinden, Arbeitsordnung, Versicherungspflicht, ansteckende Krankheiten, Ausdehnung der Gewerbeaufsicht, Aushang, Strafbestimmungen, Gewerbegericht, Minimallohne. Wir werden auf den Gesetzentwurf noch zurückkommen, der eine praktische Konsequenz aus der Heimarbeitersituation zieht und der offiziellen Sozialreform zuzuft: Hic Rhodus, hic salta!

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Die gesundheitschädlichen Arbeitsbedingungen in der Porzellanindustrie verdienen in der Öffentlichkeit tiefer gehängt zu werden. Sie haben chronische Leiden als Berufskrankheiten und frühen Tod zur Folge. Magenleiden, Schwindel und Rheumatismus dezimieren die Reihen der Porzellanarbeiterinnen. Wenige werden älter als 40 Jahre. In der Schleiferei entwickelt sich massenhaft Staub, der den Körper der Arbeitenden mit einer feinen Schicht überzieht und von ihnen eingeatmet wird. Die Former werden vom Rheumatismus geplagt, weil die Räume, in denen sie schaffen, selbst beim strengsten Winter meist unzulänglich oder gar nicht geheizt sind. Am Brennofen ist es die Gluthitze, die die Gesundheit der Arbeiter untergräbt. Die Handmalerei wird mehr und mehr neuerdings durch die Methode des Sprühens ersetzt. Fünf Arbeiter leisten bei dieser Verbesserung dasselbe Quantum Arbeit wie sonst 10 bis 12. Nicht allein wie bei der Handmalerei leiden die Arbeiter unter den Geräuschen der Farben, sondern es entwickelt sich beim Sprühen auch feiner Farbstaub, in den die Arbeitenden förmlich eingehüllt sind. Sehr gesundheitschädigend wirkt das Glasieren. Meist sind es Arbeiterinnen, die in den Steingutfabriken der Provinz Sachsen diese Arbeit verrichten. Die Glasur ist bleihaltig. Bis 1/10 Prozent Blei darf die Glasur des fertig gebrannten Geschirrs enthalten, ohne daß die Gesundheit der Personen darunter leidet, welche das Geschirre gebrauchen. Die Dantierung mit der Glasur übt dagegen die nachteiligste Wirkung auf die Arbeiterinnen aus, die den ganzen Tag über die Gegenstände in die bleihaltige flüssige Glasur tauchen müssen. Bleifolien mit all ihren verhängnisvollen Folgen, besonders für den Organismus der Frau, kommt nicht selten vor. Der Anblick der Hände der Glasierinnen ist erbarmungswürdig. Die Finger werden steif und gekrümmt, die Mustelatur schwindet. Die kaum 24 Jahre alte Arbeiterin, die mir auf meiner letzten Agitationstour unter den Porzellanern ihre fleißige, so malträtierte Hand zeigte, ist seit mehreren Jahren beim Glasieren beschäftigt. Wie lange wird sie noch ihr Brot dabei verdienen können? Die so nötigen Wascheinrichtungen bestehen meist in Wasserfäßen, deren Inhalt so selten erneuert wird, daß mancher sich in diesem Wasser eher glaubt zu beschmutzen, als zu reinigen. Handtücher gelten für einen überflüssigen Luxus. Die Arbeiterinnen trocknen sich an ihren schmutzigen Schürzen ab. Speiseräume fehlen fast überall. Oft, so wurde mir erzählt, sei ein Gewerbeinspektor in den Fabriken gewesen — es sei jedoch trotzdem noch nichts geändert worden. Der Verdienst der Arbeiterinnen in der Porzellanindustrie steht nicht im entferntesten im Verhältnis zu ihren Leistungen, geschweige denn zu den Gefahren, denen ihre Gesundheit ausgesetzt ist. Die Garnierinnen zum Beispiel verdienen kaum 10 Mk. pro Woche.

Die Porzellaner haben erkannt, daß sie einer starken gewerkschaftlichen Organisation bedürfen, um menschenwürdige Zustände zu erlangen. Die Zahl der Organisierten hat denn auch durch die im letzten Jahre betriebene energische Agitation bedeutend zugenommen. Auf's innigste ist zu wünschen, daß auch die Arbeiterinnen immer mehr die Notwendigkeit erkennen, sich ihrerseits bis zur letzten der Gewerkschaft anzuschließen. Nicht bloß ebenso nötig, nein, noch nötiger als die Arbeiter bedürfen sie des Schutzes der Organisation gegen die nimmersatte Profitgier des Kapitals, die ebenso wenig vor den Rücksichten auf die Gesundheit der Frau Halt macht, wie vor deren Aufgaben als Trägerin, Gebärerin und Erzieherin des Kindes.

O. B.

Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

Eine gewerkschaftliche Beamtin ist seit kurzem vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands angestellt worden. Dem Vorschlag der Ortsverwaltung des Bezirks Berlin entsprechend wurde die Stelle eines zweiten Ortsbeamten einstimmig an Fräulein Kraus übertragen. Genossin Kraus hat schon seit längerer Zeit eine rührige Tätigkeit im Dienste des Verbandes entfaltet und wird sicherlich ihr Vertrauensamt beehren, um insbesondere für den Anschluß der Handlungsgehilfinnen an den Verband zu wirken. In erfreulichem Maße steigt die Zahl der Handlungsgehilfinnen, welche sich ihrer Organisation anschließen. Am 31. Dezember letzten Jahres konnte der Verband 3088 weibliche Mitglieder zählen, bei 2817 männlichen Handlungsangestellten.

Fortschritte der gewerkschaftlichen Organisation der Handlungsgehilfinnen. Von den 32 Verkäuferinnen des Konsumvereins in Reichenbach i. V. gehörte bisher keine einzige ihrer Organisation an. Das örtliche Gewerkschaftsamtell war mit Recht der Meinung, daß gerade die Angestellten des Konsumvereins ihren Kolleginnen und Kollegen mit gutem Beispiel vorangehen müßten, weil ihrer Organisation keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Es veranstaltete eine Besprechung mit den Verkäuferinnen, in welcher Genosse Becker über „Zweck und Nutzen der Organisation“ referierte, und zwar mit bestem Erfolg. 26 Ver-

käuferinnen erklärten ihren Beitritt zum Zentralverband der Handlungsgehilfen. Hoffentlich werden diese neuen Mitglieder tüchtige Gewerkschaftlerinnen und lassen sich angelegen sein, auch ihre dem Verband noch fernstehenden Kolleginnen von der Wichtigkeit der Organisation zu überzeugen.

B. Götz.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Die Assistentin der Hamburger Fabrikinspektion, Fräulein Eiben, ist Mitte März aus dem Amte geschieden, dessen Aufgaben sie Verständnis und Liebe entgegenbrachte. Wir erinnern daran, daß sie versuchte, Sprechstunden für Arbeiterinnen einzurichten, und daß sie vor organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern sprach. Ihren Versuchen, mit den Arbeiterinnen und ihren Organisationen Fühlung zu erlangen, ist bekanntlich durch die vorgeordnete Behörde entgegengetreten worden. Die neue Assistentin der Hamburger Fabrikinspektion soll ein Fräulein Hümmler sein. Fräulein Hümmler hat an der Hamburger Klosterschule das Volksschullehrerinnenexamen bestanden, war dann seit ihrem sechzehnten Jahre an einer Volksschule tätig, legte ihr Sprachlehrerinnenexamen ab und war darauf an einer höheren Mädchenschule angestellt.

Die Anstellung eines weiblichen Gewerbeinspektors für den Kanton Zürich sieht der Etat desselben für 1906 vor. Für die Besoldung sind 2400 Fr. ausgeworfen. Die Einstellung des Postens in den Etat bedeutet einen Fortschritt, denn in der Schweiz sind bisher Frauen noch nicht zur Gewerbeinspektion herangezogen worden.

Frauenstimmrecht.

Der Kampf der englischen Genossinnen um das Frauenwahlrecht geht kraftvoll vorwärts. Während der letzten Wahlen haben sie in jeder größeren Versammlung auf die politische Rechlosigkeit der Frau hingewiesen, für dieselben das Wahlrecht gefordert und die Kandidaten über ihre Stellungnahme zu ihrer Forderung befragt. Seither vertreten sie diese durch Proteste in öffentlichen politischen Versammlungen, durch selbständige Demonstrationen, wie durch die an bekannte Politiker gerichtete Aufforderung, sich über ihre Haltung dem Frauenwahlrecht gegenüber zu äußern. Am 9. März begab sich eine sozialistische Frauen-Deputation zum Premierminister Campbell-Bannerman, um ihm ein Versprechen zugunsten der Frauenwahlrechtsvorlage abzugewinnen. Der liberale Minister lehnte jedoch ab, die Deputation zu empfangen. Die Frauen kopften darauf so laut an die Tür, daß die Polizei herbeikommt und sie zum Auseinandergehen aufforderte. Die Führerin der Deputation, welche ein Polizist vom Türknopf entfernen wollte, klammerte sich jedoch zuerst fest an diesen und dann an das Gitter. Eine große Menschenmenge sammelte sich allmählich um die Demonstrantinnen an. Eine derselben bestieg nun ein Automobil und hielt eine Rede für das Frauenstimmrecht. Drei Frauen wurden verhaftet, aber nach kaum einer Stunde freigelassen, da der Premierminister das politische Einschreiten zurückwies. Er schrieb den Sozialistinnen, sie sollten sich mit den anderen Frauenorganisationen vereinigen, um der Deputation einen wirklich repräsentativen Charakter zu geben, in welchem Falle er sie gern empfangen würde. Die Genossinnen antworteten mit Recht darauf sofort: „Unsere Organisation, die zur Arbeiterpartei gehört, zieht es vor, selbständig zu handeln und die liberalen und konservativen Frauenorganisationen allein zu lassen.“ Sie veröffentlichten sodann ein Manifest, in dem sie erklärten, daß es sowohl im Parlament wie im Lande eine große Mehrheit für das Frauenwahlrecht gäbe, und daß deshalb die Zeit des Argumentierens vorbei und die Zeit des Handelns gekommen sei.

Ein Referendum der norwegischen Frauen. Als das norwegische Volk über die Auflösung der Union zwischen seinem Vaterland und Schweden entschied, rief der Verband für Frauenwahlrecht auch die Frauen zur Kundgebung ihres Willens über diese wichtige politische Frage auf. Nach den bisher vorliegenden Zahlen stimmten 190000 Frauen für die Trennung der beiden skandinavischen Staaten, keine einzige weibliche Stimme fiel dagegen.

Die Frauenwahlrechtsbewegung in Österreich. Die österreichischen Frauenrechtlerinnen setzen ihre Agitation für das Frauenwahlrecht lebhaft fort. Wir haben bereits über die große Versammlung berichtet, in der sie das Frauenwahlrecht forderten. Die in derselben gewählte Frauen-Deputation überreichte kürzlich dem Ministerpräsidenten die von der Versammlung beschlossene Resolution. Der Ministerpräsident erklärte, daß er bezüglich der Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen keine Zusagen geben könne. Sollte es sich einmal um Teilbegünstigungen an die Frauen handeln, so wolle er gern sein möglichstes tun. Die Deputation teilte dem Minister mit, daß sie demnächst wieder erscheinen werde, um die Aufhebung des Verbots zu fordern, daß die Frauen von politischen Vereinen ausgeschlossen sind. Vom Ministerpräsidenten begab sich die Delegation zu allen politischen Parteien, um ihnen die Resolution zu überreichen. Unter anderen suchte sie auch den Abgeordneten Genossen Adler auf. Dieser erklärte, der Standpunkt der Sozialdemokratie zum Frauenstimmrecht sei durch das sozialdemokratische Programm gegeben. Selbstverständlich sei daher die sozialdemokratische Fraktion für das Frauenwahlrecht. Die Erreichung des jetzt gesteckten Zieles, das allgemeine Wahlrecht der Männer, sei nicht die Erfüllung des allgemeinen Wahlrechtes. Sobald es errungen sei, werde die Sozialdemokratie für das Wahlrecht der Frauen kämpfen müssen. Auch bürgerliche Abgeordnete, zu denen die Deputation sich begab, sprachen sich für das Frauenwahlrecht aus.

Stellungnahme der schwedischen Sozialdemokratie zur Forderung des Frauenwahlrechts. Die schwedischen Frauenorganisationen suchen die jetzige Wahlrechtsbewegung ihrer Forderung des Frauenstimmrechtes nutzbar zu machen. Sie haben unter anderem eine Petition in Umlauf gesetzt, welche von der Regierung und dem Reichstag die entsprechende Reform fordert. Die Petition war bis Anfang März bereits von 10506 Personen unterzeichnet worden, obwohl in verschiedenen Bezirken des Landes mit dem Sammeln von Unterschriften erst Mitte Februar begonnen werden konnte. Von seiten bürgerlicher Wahlreformfreunde wird nun behauptet, daß die Bewegung für Einführung des Frauenstimmrechtes das Zustandekommen der Wahlreform bedrohe, da sie der Ersten Kammer willkommenen Anlaß böte, die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes nochmals hinauszuschieben. Als Beweis dafür wird der Antrag des Reaktionsärs Lithander in der Ersten Kammer angeführt, der die Regierung auffordert, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der auch den Frauen das Wahlrecht zuerkennt. In der Begründung seines Antrags drückt Lithander seinen Abscheu gegen das allgemeine Wahlrecht aus und erklärt, daß er dessen Ausdehnung auf das weibliche Geschlecht wünsche, um einen Widerstand gegen die gefährlichen Tendenzen der Wahlreform zu schaffen. Mit der oben angezogenen Begründung der Wahlreformfreunde hat der Staatsminister Staaf es abgelehnt, einen Vorschlag auf Einführung des Frauenstimmrechtes einzubringen. Auch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Branting, hat sich damit einverstanden erklärt. Daraufhin hat sich in letzter Zeit eine Frauendeputation an die gesamte sozialdemokratische Reichstagsfraktion gewandt, um sie aufzufordern, gleichzeitig mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Männerwahlrecht auch ein ebensolches Frauenwahlrecht zu beantragen. Die Fraktion hat sich jedoch einstimmig der Anschauung Brantings angeschlossen und unter anderem auf das Verlangen geantwortet: „Für eine solche Politik wollen wir bei der gegenwärtigen Lage der Wahlrechtsfrage nicht die Verantwortung auf uns nehmen, da nach unserer Überzeugung eine Wahlrechtsreform, die den Arbeitern einen wesentlich größeren Einfluß auf das Staatswesen geben soll — auch durch die Verbesserungen, die wir zum Regierungsentwurf noch vorschlagen werden —, eine wirksame Vertretung der übrigen wichtigen Reformforderungen unseres Programms, darunter auch die des allgemeinen Wahlrechtes der Frauen, wesentlich erleichtert wird.“ Wir beschränken uns für heute darauf, das wiederzugeben, was die Tagespresse meldet. Unsere Stellungnahme zu der Entscheidung unserer schwedischen Genossen behalten wir uns vor, bis wir eine erwartete gründliche Darstellung des Sachverhalts aus Schweden selbst erhalten haben.

Das Frauenwahlrecht und die italienische Sozialdemokratie. Die Forderung des Frauenwahlrechtes wird in Italien von der sozialistischen Partei energisch vertreten. Nur Turati und einige andere Revisionisten sind, wie wir bereits mitteilten, Gegner der Forderung. In manchen Parteibezirken sucht man die Sache des Frauenstimmrechtes auch dadurch zu fördern, daß man den Versuch machen will, den Frauen durch Eintragung in die kommunale Wählerliste das Wahlrecht und damit auch die Wählbarkeit zu verschaffen. So hat zum Beispiel in Mantua die aus Sozialisten bestehende Wahlkommission der Stadt dem Antrag der Genossin Sacchi stattgegeben und sie in die kommunale Wählerliste aufgenommen. In der Begründung der Entscheidung heißt es, „daß weder die italienische Verfassung noch das geltende Wahlgesetz die Ausschließung der Frauen vom Wahlrecht ausdrücklich formuliert.“ In der vorchristlichen Zeit ist gegen die Eintragung kein Einspruch erhoben worden, so daß dieselbe rechtskräftig geworden ist. Nach der Meldung einer Vologner Zeitung, die bis jetzt durch die Parteipresse nicht dementiert worden ist, hat nun Genosse Lucei vorgeschlagen, bei den nächsten Ersatzwahlen in Budrio Genossin Sacchi als Parteikandidatin aufzustellen, da jeder, der wahlberechtigt sei, auch gewählt werden könne. Budrio ist für die sozialistische Partei ein sicherer Wahlkreis, der durch die Mandatniederlegung v. Chiuffa vakant geworden ist. Dem Beispiel von Mantua folgend, hat die sozialistische Stadtverwaltung von Imola in die kommunale Wählerliste 50 Lehrerinnen eingetragen, welche die Vorbedingungen als Wähler erfüllen. In Mailand haben gegen 500 Frauen ihre Eintragung in die kommunale Wählerliste beantragt. Allerorten, wo das Experiment gemacht wird, beruft man sich darauf, daß das italienische Wahlgesetz bei Aufzählung der Vorbedingungen für die Wahlberechtigung das Geschlecht unerwähnt läßt. — So gutgemeint und so charakteristisch die Versuche sind, glauben wir nicht, daß sie den Frauen das Wahlrecht sichern werden. Wahrscheinlich ist, daß sie Anlaß zur Kassierung von Wahlen geben, welche der empfohlenen Taktik entsprechend vor sich gehen. Wir erinnern, wie resultatlos die Versuche der englischen Frauenrechtlerinnen geblieben sind, durch die Auslegung des Wortes „person“ (Person), das sowohl Frauen wie Männer bezeichnet, den Frauen das Wahlrecht zu verschaffen. Sie führten nur dazu, daß in die Gesezesterte vor das Wort „person“ das Wort „male“ (männlich) gestellt wurde. Jahrhundertalte gesetzlich festgelegte Rechtlosigkeit läßt sich unseres Erachtens nicht durch Ausdeutung der Gesezesterte umstoßen. Sie muß in einem energischen jähren Kampfe überwunden werden.

Die Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechtes in Finnland ist vom Senat genehmigt worden; nach der neuen Landtagsverfassung sollen alle Staatsangehörigen beider Geschlechter, die das 24. Lebensjahr vollendet haben, das Recht besitzen, in die gesetzgebende

Körperschaft zu wählen und gewählt zu werden. Die Zuerkennung des Wahlrechtes vom 21. Jahre an hat der Senat abgelehnt. Das Wahlrecht besitzt nicht, wer Armenunterstützung erhält, wer nicht in den Steuerlisten steht und wer insolvent ist.

Vereinsrecht der Frauen.

Die braunschweigische Regierung hat einer energischen Reform des reaktionären Vereins- und Versammlungsrechtes ihre Zustimmung verweigert. Der gutreaktionäre Landtag war nicht etwa so „verwegen“, den Frauen die volle politische Gleichheit mit den Männern auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechtes zuerlassen zu wollen. Bescheiden hatte er für sie nur die Vertretung der beruflichen Interessen gefordert. Aber auch diese geringfügige Abschlagszahlung an die Bedürfnisse der Frau, an die gewandelten Verhältnisse unserer Zeit waren der Regierung des Ländchens noch zu viel. Sie wäre wohl geneigt, den „verständnisvollen“ Frauen der besitzenden Klassen das Recht zu geben, sich am Vereins- und Versammlungsleben zu beteiligen, nicht aber den Frauen des arbeitenden Volkes, die sie nach ihren eigenen Worten für zu „ungebildet“ und „verständnislos“ hält, um soziale Angelegenheiten mitberaten zu können. Im Herzogtum gibt es 80000 bis 85000 Frauen und Mädchen, die im Hauptberuf erwerbstätig sind. Ihnen gesellen sich noch Tausende hinzu, welche im Nebenberuf dem Verdienst nachgehen müssen. Sie alle sind „gebildet“ und „verständnisvoll“ genug, den Kampf mit den Härten des Lebens zu führen, um für sich selbst und recht oft noch für die Ihrigen Brot zu schaffen. Sie werden sozial einsichtig genug befunden, um dem Staate gegenüber Pflichten zu erfüllen: sie müssen den Steuerfädel füllen helfen, aus dem die Regierenden bezahlt werden, welche reaktionäre und einsichtslose Beschlüsse fassen. Das Verständnis für soziale Angelegenheiten soll den Proletarierinnen nur dann mangeln, wenn es sich um ihr Recht handelt, im öffentlichen Leben zusammenzuschließen ihre Interessen verteidigen zu können. Die braunschweigische Regierung verdient ihrer Haltung wegen um so rücksichtsloser an den Pranger geschlagen zu werden, als sie duldet, daß in betreff des Vereins- und Versammlungsrechtes in geradezu skandalöser Weise mit zweierlei Maß gemessen wird. Unsere Leserinnen wissen, daß in Braunschweig wieder und wieder ausgesprochen gewerkschaftliche Versammlungen mit halsbrecherischer Logik zu politischen umgedeutet worden sind, um den Arbeiterinnen das Recht der Beteiligung an ihnen zu nehmen. Selbstverständlich von „Rechts wegen“! Dagegen durften Frauen, Pardou, „verständnisvolle“ Damen, der politischen Versammlung eines politischen Vereins beiwohnen, in der ein politischer Vortrag gehalten wurde. Am 24. Februar sprach in einer Versammlung des Flottenvereins der bekannte Flottenagitor Hofreiter Reander aus Hannover über das Thema: „Die deutsche Kriegsflotte und die fremden Seemächte“. In erheblicher Zahl waren Frauen bei dem Vortrag anwesend, und das im Beisein des Staatsministers Dr. v. Otto und des Wirklichen Geheimen Rats Hartwig. Wenn irgend jemals, so ist in diesem Falle das braunschweigische Vereins- und Versammlungsrecht mit Füßen getreten worden, ist eine Gesetzesverletzung erfolgt, die wenn sie in einer Arbeiterversammlung vor sich gegangen wäre, zweifellos die Auflösung der Versammlung beziehungsweise die strafrechtliche Verfolgung der Versammlungsorganisten zur Folge gehabt hätte. Unseres Wissens hat aber in Braunschweig bis heute noch kein behördlicher Hahn darüber geklärt, daß Damen und Herren der besitzenden Klassen gegen die Bestimmungen des Vereinsgesetzes verstößen haben. In Braunschweig huldigt man offenbar dem seinerzeit von einem preussischen Justizminister verkündeten Grundsatz: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.“ Wenn Damen der besitzenden Klassen einem flottenkollergigen Vortrag zuzuhören, so ist das eine sozial verständnisvolle, patriotische Tat, der die Bürgerkrone gebührt; wenn Arbeiterinnen darüber beraten, wie sie sich gegen eine blödsinnigen Flottenpolitik verteidigen können, die ihnen den letzten Nickel aus der Tasche nimmt, so ist dies ein hochnotwendiges politisches Verbrechen, das Strafe verdient. Das Gewerkschaftsblatt Braunschweig hat in Gemeinschaft mit dem Vorstand der Gewerkschaften der Stadt Braunschweig beschloffen, eine Eingabe an den Landtag und die Regierung zu richten, in welcher es völlige Gleichstellung beider Geschlechter in bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht fordert. Es fordert außerdem die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter auf, unverzüglich überall Versammlungen der Organisationen einzuberufen, welche Protest gegen die Haltung der Regierung einlegen und Stellung zu der erwähnten Eingabe nehmen. Wir werden die letztere in nächster Nummer mitteilen.

Frauenbewegung.

Frauenrecht und bürgerlicher Liberalismus. Die freisinnige Vereinigung hielt Mitte Februar in Berlin ihren Delegiertentag ab. Zum erstenmal war auf einer Tagung dieser Partei eine der angeschlossenen Gruppen durch eine Delegierte vertreten. Fräulein Wöndhaus war von dem Hamburger Wahlverein der Liberalen delegiert worden, dem sie mit mehreren anderen Frauen angehört. Fräulein Wöndhaus trat bei Beratung des Programms für das Frauenstimmrecht ein und bedauerte, daß dasselbe nicht mitgefördert würde. Dr. Breitscheid forderte ebenfalls das Frauenstimmrecht. Ihm wurde jedoch von Dr. Barth entgegengetreten, daß ihm zwar für seine Person keine Forderung zu radikal wäre, doch müsse man sich bei der jetzigen Wahlrechtsbewegung auf nur eine Forderung beschränken. Das Ein-

gangsprogramm der drei freisinnigen Fraktionen besagt in punkto Frauenrecht: „Erweiterungen der Rechte der Frauen, insbesondere Gleichstellung mit den Männern für das Gebiet der gesamten sozialen Gesetzgebung, Mitwirkung der Frauen in der Kommunalverwaltung.“ Diese Programmforderung ist so verschwommen, daß sie nichts sagend wird. Die „Frauenbewegung“ ist genügsam genug, in ihrem Leitartikel von dem mageren Ergebnis zu erklären: „Das ist immerhin ein Fortschritt gegen früher!“ In der parlamentarischen Beilage heißt es dagegen in der nämlichen Nummer: „Als besonders fortschrittlich ist ja diese Fassung nicht zu bezeichnen, sie ist vielmehr besonders in bezug auf den letzten Punkt glücklicherweise durch die Tatsachen bereits überholt.“ Es geht nichts über die Einseitigkeit der radikalen Frauenrechtelei, welche im Leitartikel der gleichen Nummer besungen wird. Das Organ der gemäßigten Frauenrechtlerinnen behandelt das Frauenrechtswindei, das der Delegiertentag gelegt, etwas weniger wohlwollend. Es nennt den betreffenden Programmpunkt der Freisinnigen „so wenig verpflichtend, so vage und so verwaschen wie möglich“.

Säuglingssterblichkeit.

In der Gesellschaft für soziale Medizinhygiene und Medizinalstatistik (Berlin) hielt Dr. A. Gottstein vor kurzem einen Vortrag über Beiträge zur Geschichte der Kindersterblichkeit. Wie er ausführte, begann erst im 16. Jahrhundert die Gleichgültigkeit abzunehmen, die im Mittelalter gegen die Seuchengefahr herrschte.

In Frankreich und England wurde durch Regierungserlaß und in Deutschland von den städtischen Behörden angeordnet, daß die Pfarrer nicht nur die Geburten und Sterbefälle, sondern auch die Todesursachen aufzuzeichnen hätten. Allerdings wurden diese Ergebnisse erst hundert Jahre später in statistischen Bearbeitungen verwertet. In London erschien das erste medizinalstatistische Werk im Jahre 1682. Zweihundert Jahre später gab Gräber Breslauer Listenaufzeichnungen unter besonderer Berücksichtigung ihres statistischen Inhalts heraus. Der Breslauer Arzt Kundemann veröffentlichte 1737 Kranken- und Sterbelisten verschiedener deutscher Städte. In allen diesen Listen sind Angaben über die Todesursachen unzuverlässig. Aber es steht fest, daß akute Infektionskrankheiten, Lungenentzündung und Säuglingskrankheiten Hauptursache der Sterblichkeit waren.

Die Säuglingssterblichkeit ist im 17. und 18. Jahrhundert annähernd so hoch gewesen wie heute, und auch damals hat der Tod unter den Knaben und unter den unehelich geborenen Kindern am furchtbarsten aufgeräumt. Auch in den Findelhäusern war eine erschreckend hohe Sterblichkeit zu verzeichnen. Die Sterblichkeit unter den Kindern, die das erste Lebensjahr überschritten haben, ist seit dem 17. Jahrhundert allmählich, seit dem 19. Jahrhundert rascher gesunken. Dagegen ist die Säuglingssterblichkeit im Verhältnis gestiegen.

Heute ist die Kindersterblichkeit besonders in den Fabrikkzentren eine überaus große. Alljährlich werden Tausende kleiner Wesen im ersten Lebensjahr dahingerafft. Nicht nur körperlich unentwickelte und schwache, auch kräftig entwickelte bleiben nicht verschont. Dr. Gottstein kommt zu dem Ergebnis, es sei eine der wichtigsten Aufgaben der modernen Hygiene, den Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit aufzunehmen. Gewiß kann durch Reformen auf dem Gebiet der Säuglingshygiene vieles erreicht werden. Solange aber proletarische Mütter, durch elf- und mehrstündige Arbeitszeit entkräftet, ihrem Heim und ihren Kindern entzogen werden, solange sie durch unzulängliche Entlohnung nicht in der Lage sind, für sich und ihre Kinder ausreichende kräftige Nahrung zu beschaffen: so lange wird der Kampf gegen die furchtbare Säuglingssterblichkeit wenigstens in den Kreisen der am härtesten betroffenen Proletarierfamilien fast ergebnislos bleiben.

Quittung.

Bei der Unterzeichneten gingen für den Agitationsfonds der Genossinnen von Beginn des Jahres bis Anfang März folgende Beträge ein: Von den Genossinnen in Dordenhuden durch Frau Schröder 4, Gaarden durch Grünig und Frau Lorenz 20, von Frauen gesammelt durch Frau Andraschke 80, Breslau durch Frau Kaiser 19,60, Chemnitz durch Frau Riemann 100, von den Genossinnen in Magdeburg durch Frau Schmielewski 20, Ottenfen durch Frau Wartenberg 15, Kalk-Nöln durch Frau Vacher 5, Kamen in Westfalen durch Frau Pählold zwei Beträge von zusammen 10,50, vom Frauenverein Reform in Mülhausen im Elsaß 10, von den Genossinnen von Altona durch Frau Baumann 50, Burgau durch Frau Blumenstein 3, Bremen-Hastedt durch Frau Schäfer 10, Mülheim a. Rh. durch Frau Hauer 41,66, Hamm durch Frau Rudschika 11, Düsseldorf durch Frau Wirts 20, Bant durch Frau Buchardt 10, Rieburg a. S. durch Frau Steinhäuser 5, Saarbrücken durch Frau Stoffel 10, Solingen durch Frau Behrendt 25, Gera durch Frau Weiser 5, von Dz.-Karlsruhe 10, aus Stuttgart „Schädliche Wahrheit“ 5, von den Genossinnen in Jena durch Frau Steffens 15, Fromberg durch Frau Stöbel 8, Dresden 4. Kreis durch Frau Lungwitz 80, Genossin Th... 1,60, Frankfurt a. M. durch Frau Tesch 60, Oberstein durch Frau Gosert 10, Reichenbach i. V. durch Frau Göckrich 15, Crakau b. Magd. durch Frau Scharfshuh 10, Brackel in Westfalen durch Frau Schlisio 10, Luckenwalde durch Frau Tabert 5, Neumünster durch Frau Carstens 3,45, Kiel durch Frau Riendorf 20, Berlin 100, 4. Kreis durch gls. 75, von srr. 10 M. Summa 812,81 M.

Dankend quittiert:

Ottillie Baader, Berlin S 53, Blücherstr. 40, Hof 11.

Märzensturm.

Von Ernst Harbet.

Es brauset der Sturm in dunkler Nacht,
 Weiset die Seele empor mit Macht —
 Greifet in tief verborgene Schlünde,
 Wecket des Herzens tiefste Gründe —
 Brüllet und pfeift, heulet und wühlt —
 Wie er die brennende Stirne kühl!
 Schlenkert vom Felsen die Trümmer hernieder,
 Schwinget gewaltig sein dunkles Gefieder —
 Brause, Sturmwind, brause
 Mächtig um meine Klause!

Brause, Sturm, du erfreuest mein Herz,
 Reißest die Seele himmelwärts —
 Jagst in taumelndem Wirbel den Staub,
 Schleuderst zur Höhe das dürre Laub,
 Jagst die Wolken in fliegendem Drang,
 Spielt mit den Tannen am Waldbesang,
 Reißest vom Aste den dorrenden Span,
 Weisest dem Frühling die breite Bahn.
 Brause, Sturmwind, durch die Lüfte,
 Dring in modernde Gräfte!

So brauset empor des Volkes Macht,
 Daß manch ächzender Bau erkracht,
 Tief in morschen Gebäudes Grund —
 Keiner Glocke metallener Mund
 Mag dies Achzen übertönen,
 Da in der Arbeit starken Söhnen
 Tief der nagende Gram sich wohnt,
 Mächtig zum Sturme die Stimme erhob.
 Brause, Sturm, durch die Lände,
 Spreng die knechtenden Bande!

Brause, Sturm, ob du Tod auch bringst,
 Über die Welt das Schwert hinschwingst!
 Alles, was morsch und faul sich ballt,
 Reißest du nieder mit Allgewalt.
 Bläsest gewaltig dein Wolkenshorn,
 Füllst es laut mit der Welten Jörn —
 Führest die neue Welt empor,
 Öffnest des neuen Friedens Tor —
 Brause, Sturm, durch die Welt einher,
 Über die Lände, über das Meer!
 Brause, Sturmwind, brause
 Mächtig um meine Klause!

Der Befähigungsnachweis.*

Von Ludwig Thoma.

Ich kann mich nicht enthalten, einiges über das Bürgerliche Gesetzbuch zu schreiben. Man verliert die Achtung seiner Mitmenschen, wenn man es unterläßt. Es gehört einmal zum guten Ton, einige ergänzende oder erläuternde Bemerkungen über das bürgerliche Recht in seiner neuen Gestalt zu machen, und niemand sollte sich dem widersetzen.

Es ist nicht gut, gegen den Strom zu schwimmen.
 Wirklich nicht.

Ich kann dies um so bestimmter versichern, als ich selbst durch eine traurige Erfahrung belehrt wurde. Bis vor einer Woche verkehrte ich tagtäglich im Kaffeehaus mit einem Duzend Juristen. Es waren lauter sehr nette Leute, sehr berufsfreudig und strebsam. Sie hatten für nichts Interesse als für die Gerechtigkeitspflege, und jeder bemühte sich, an der Hand von Beispielen, Fällen und Entscheidungen zu beweisen, daß er der Gescheiterte sei.

Ich dachte mir oft: „Siehst du, so solltest du eigentlich auch sein,“ und dann kam ich mir wieder recht gemein vor, wenn ich mit dem Wassermädchen eine Unterhaltung anknüpfte. Aber man legt alte Untugenden nur sehr schwer ab. Meine Tischgenossen machten sich übrigens, wie mir schien, nichts daraus, und so fühlte ich keinen zwingenden Drang nach Besserung in mir.

Da erschien eines Tages in einer der gelesesten Zeitungen der Hauptstadt ein Artikel, welcher die Überschrift trug: „Über die rechtliche Stellung der Patrinenreiner nach Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches“ von Dr. jur. Alois Lämmermeier. Ich kann mich dunkel erinnern, daß über dem Artikel eine römische I stand, was in mir den Verdacht erregte, daß noch einige Fortsetzungen kommen würden. Gelesen habe ich die Abhandlung nicht. Ich interessiere mich für den Gegenstand derselben nur, soweit dies unbedingt notwendig ist, und zudem, wenn Lämmermeier über die Sache selbst etwas Neues vorzubringen wußte, konnte er das auch mündlich tun.

Meine Tischgenossen dachten anders. Der Artikel schlug unter ihnen wie eine Bombe ein. Man gratulierte dem Verfasser zu der erschöpfenden, geistvollen Behandlung dieses Themas und prophezeite ihm eine bedeutende Zukunft, da er so rasch und gründlich seine Fähigkeit zur Erlernung der neuen Gesetze bewiesen hatte.

Von dem Tage an ließ sich an unserem Tische eine wesentliche Änderung bemerken. Man hörte nur selten eine rechtliche Frage besprechen; die meisten saßen schweigend da, und in allen Gesichtern war ein nachdenklicher Zug zu bemerken. Ich sah, wie Kollega Meyerle eine geschlagene Stunde lang den glücklichen Literaten Dr. Lämmermeier mit weit geöffneten Augen betrachtete, und wie Dr. Pius Deiglmaier länger als eine Viertelstunde mit einem Schokoladekrapfen zwischen den Zähnen dasaß und vollständig vergessen hatte, daß er ursprünglich ein Stück herunterbeißen wollte.

Die folgenden Wochen brachten mir die Erklärung dieses sonderbaren Benehmens. In den größeren Tagesblättern erschienen nämlich in kurzer Folge rechtsgelehrte Aufsätze, welche sämtlich von den Tischgenossen verfertigt waren. Alle diese Artikel zeigten das löbliche Bestreben ihrer Verfasser, das Laienvolk würdig auf die Ankunft des neuen Gesetzes vorzubereiten und ihm zu zeigen, was es nach derselben noch erwarten dürfe. Dr. Meyerle schrieb „Über die Verdichtung der Gewohnheit zum Rechte mit besonderer Beziehung auf die Kaffeesüßenerl“.

Zwei Tage später drückte mir Kollega Bierdimpf die Zeitung in die Hand, als ich mich eben auf meinen Platz niederlassen wollte. Eine Spalte war mit Blaustrich angemerkelt, und ich las: Gilt das Trinkgeld als zum schändlichen Zwecke gegeben? Ein Beitrag zum Verständnis des Bürgerlichen Gesetzbuches von Dr. Pius Deiglmaier.

Ich kann nicht sagen, daß mein Ehrgeiz durch diese literarischen Erfolge geweckt wurde. Ich bin von Grund aus gütig veranlagt und habe die größte Hochachtung vor gelehrten Abhandlungen. Nur muß niemand verlangen, daß ich sie lese. Ich anerkannte also neidlos die Verdienste meiner Tischgenossen und verließ meinen Gefühlen rückhaltlosen Ausdruck. Mit um so größerem Staunen bemerkte ich, daß sich das Benehmen der Kollegen mir gegenüber bedenklich änderte. Ich ertrug es einige Wochen schweigend, daß man mich nicht in die gelehrten Gespräche mit verwickelte, daß man meine Fragen grundsätzlich überhörte und überhaupt tat, als wenn ich in der juristischen Welt nicht mehr vorhanden sei.

Endlich riß mir aber doch die Geduld, und ich stellte Dr. Bierdimpf zur Rede. Er gab mir die befriedigende Erklärung, daß die Tafelrunde an meinem Charakter nichts Nachteiliges bemerkt habe, daß man aber meine Teilnahmslosigkeit sehr unangenehm empfinde. Eine kurze Spanne Zeit, sagte Bierdimpf, welcher gerne pathetisch spricht, eine kurze Spanne Zeit nur mehr trennt uns von dem 1. Januar 1900. Und was haben Sie getan, um dem wichtigen Ereignis den Weg zu ebnen?

Ja...

Bitte, haben Sie auch nur eine Zeile über das Bürgerliche Gesetzbuch geschrieben und in Druck gegeben? Haben Sie — bitte, unterbrechen Sie mich nicht — haben Sie einen einzigen Paragraphen kommentiert? Haben Sie sich an der Abfassung eines gemeinverständlichen oder eines nicht verständlichen Kommentars beteiligt?

Allerdings muß ich...

Haben Sie irgendwie dazu beigetragen, daß dieses gewaltige Werk ein Gemeingut der deutschen Nation werde, daß es in die breitesten Schichten des Volkes getragen werde?

... Herr Kollega...

Bitte, haben Sie einen einzigen Vortrag gehalten? Haben Sie an einem einzigen Abend des Jahres dem Volke Gelegenheit zur Vertiefung in das Gewebe der Rechtsnormen geboten?

Herr Kollega...

Schweigen Sie! Haben Sie auch nur die Feder naß gemacht, damit der gebildete Nichtjurist in den Stand gesetzt werde, diese Übergangszeit zu ertragen? Haben Sie, frage ich, dem Geschäftsmann, dem Familienwater, Grundbesitzer und Kapitalisten, den Vormündern, Eltern, Verlobten, Erben, Vermietern und Mietern, Darlehensgebern, Käufern und Verkäufern die Aufgabe erleichtert? Haben Sie?

Allerdings nicht, Herr Kollega...

Soo? Dann werden Sie aber doch verstehen, daß wir mit Ihnen nicht mehr verkehren können? Leben Sie wohl!

Ich war niedergedrückt, vernichtet. Was wollten denn diese Menschen? Man kündigt doch jemandem nicht die Freundschaft, weil er nicht schreibt. Und überhaupt! wie wenige tun dies! Es fällt doch niemandem ein, zu behaupten, daß jeder Jurist...

In diesem Augenblick schlug mir jemand auf die Achsel. Ich drehte mich um und sah einen lieben Bekannten, den Vorstand eines hinterwäldlerischen Amtsgerichtes vor mir.

Grüß Gott, Doktor, wie geht's Ihnen denn?

Ja, grüß Gott, Herr Oberamtsrichter, wie kommen denn Sie nach München?

G'schäfts halber, G'schäfts halber. Ich hab' zu mein' Berleger herfahren müssen.

Berleger? Was für ein Berleger?

Zu mein' Berleger halt. Gan's denn mein Schmarren net g'lesen?

Welchen Schmarren?

No, mei Broschür!

Waas? Sie auch? Da hört sich doch alles auf!

Oho! Glauben's vielleicht, wir in der Provinz ham gar kein Bildungsdrang? Abriens san's nur wieder gut, ich tu's g'wiß nimmer. Ich hätt' die Hand überhaupt von dem G'schäft wegg'lassen, wenn ich net zungewen worden wär'.

Gezwungen?

No ja, stellen's Ihnen vor, man fragt Ihnen recht mitleidig nach Ihrer G'sundheit. Ich sag, g'sund bin i, Gott sei Dank! Jaa, nicht bloß g'sund, sondern, aah, überhaupt rüstig, auch geistig rüstig, verstehen Sie, geistig? Ich spür nichts, sag ich, ich bin normal. Jaa, normal, was man so unter normal versteht. „Sind Sie nach sorgfältigster Prüfung und Überlegung zu der Überzeugung gelangt, daß Sie noch frisch genug sind, zweitausenddreihundertfünfundachtzig neue Paragraphen in sich aufzunehmen, zu behalten und zu verarbeiten?“ Aha! Merken's was, Doktor? Hörn's mich gehn? No also, was wollen's denn machen? Ich hab' mir denkt, wenn's sein muß, schmier i halt was z'samm. Da haben's meinen Befähigungsnachweis!

Der alte Herr drückte mir bei diesen Worten eine Broschüre in die Hand und nahm Abschied. Ich sah ihm eine Weile nach und dann las ich die Inschrift auf dem Titelblatt: „Die Dachtraufe im Lichte des Bürgerlichen Gesetzbuches von Haslinger, l. b. Oberamtsrichter.“ Den selbigen Abend setzte ich mich hin und begann den ersten Band meiner Anmerkungen zu schreiben.

Die Heimarbeiterin.

Von Emma Ditz, Heimarbeiterin.

Nur schnell die Augen ausgewischt,
 Herr Gott, da hat's schon fünf geschlagen;
 Wie kurz die Nacht, wie müd ich bin,
 An allen Gliedern wie zer schlagen.
 Schnell Feuer in den kalten Raum,
 Das Frühstücksbrot noch schnell besorgen,
 Damit man nur zum Nähen kommt,
 Denn liefern, liefern muß ich morgen.

Dann eilt der Mann zur Arbeit hin,
 Die Kinder nach der Schule gehen,
 Und jedes braucht die Mutterhand,
 Da heißt's jest doppelt fleißig nähen.
 Bald kommt das Jüngste angekräht,
 Bald heißt's den Mittagisch besorgen,
 Drum fleißig, fleißig nur genäht,
 Denn liefern, liefern muß ich morgen.

So geht es weiter jeden Tag
 In überstürzten, tollen Hasten,
 Bis abends spät das brenn'nde Aug'
 Gebieterisch verlangt ein Rasten;
 So werden Blut und Nerven schlecht
 In der Gewohnheit dumpfer Schwere,
 Und manchmal nur, bin ich allein,
 Erkenn' ich bang des Herzens Leere.

Und dennoch ist nicht tot mein Sinn,
 Und Stolz läßt hoch das Herz mir schlagen:
 Daß mich die Kunst noch so ergreift,
 Wie einst in meinen Jugendtagen.
 Sie neigt sich liebevoll zu mir:
 „Zu dir, zu dir bin ich gekommen!
 Laß alles andre hinter dir,
 Ich hab' dich jest ans Herz genommen.“

Und gehst du von mir, will ich dir
 Den Schatz noch der Erinnerung geben,
 Aus deines Alltags Einkerlei
 Will ich dir Herz und Sinn erheben,
 Damit du Mann und Kindern kannst
 Ein mutig, frohes Auge zeigen.
 Drum hoch den Kopf! Vergiß es nicht:
 Wer mich empfindet, bleibt mein eigen.“

Veränderte Welt.

Von Nikolaus Lenau.

Die Menschheit ist dahinter kommen,
 Troz aller Gaukelei der Frommen,
 Daß mit dem Leben vor dem Grabe
 Man endlich Ernst zu machen habe.

Zerbrochen ist des Wahnes Kette,
 Die Erde sei nur Übungsstätte,
 Nur Volkstückerblock sei das Leben,
 Auf's Kopf wird uns der Himmel heben.

Auf freiem grünem Erdengrunde
 Wird jeder bald schon hier zur Stunde,
 Bevor das Grab ihn deckt mit Schollen,
 Sein Köhlein weiden, tummeln wollen.

* Aus „Affessor Karlsen und andere Geschichten“. München, Albert Langen.